

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration



FORSCHUNGSBEREICH

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Anerkannte Partner – unbekannte Größe?

Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-3

Der Policy Brief wurde gefördert vom Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat

Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband
und Vodafone Stiftung Deutschland

Zitiervorschlag:

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) 2019: Anerkannte Partner – unbekannte Größe? Migrantenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft, Berlin.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Migrantenorganisationen als Partnerinnen von Politik und Zivilgesellschaft	6
2 Entwicklung von Migrantenorganisationen in Deutschland	7
2.1 Westdeutschland: von organisierter Betreuung zur Selbstorganisation	7
2.2 Ostdeutschland: Gründung von herkunftsübergreifenden Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung nach der Wende	10
2.3 Die Landschaft der Migrantenorganisationen: aktuelle Trends und Fragen	12
3 Die Vielfalt der Migrantenorganisationen und das Problem ihrer Einordnung	14
3.1 Migrantenorganisation – ein zwiespältiges Etikett	15
3.2 Ist es nötig und möglich, Migrantenorganisationen zu definieren?	16
4 Potenziale und Bedarfe von Migrantenorganisationen: zentrale Fragen	18
4.1 Einmal Migrantenorganisation – immer Migrantenorganisation?	18
4.2 Für wen sprechen Migrantenorganisationen im politischen Prozess?	19
4.3 Erleichtert das Engagement in Migrantenorganisationen den sozialen Aufstieg?	20
4.4 Sind soziale Projekte von Migrantenorganisationen eine dauerhafte Lösung?	21
4.5 Wie sollten Migrantenorganisationen gefördert werden?	21
5 Fazit und Ausblick	23
Literatur	25

Das Wichtigste in Kürze

- Migrantenorganisationen sind für die Integrationspolitik in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Doch Wissenslücken erschweren die systematische Kooperation zwischen allen beteiligten (integrationspolitischen) Akteurinnen und Akteuren sowie die passgenaue Förderung von Migrantenorganisationen.
- Migrantenorganisationen sind genauso vielfältig wie die Akteurinnen und Akteure in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Sie decken das gesamte Spektrum bürgerschaftlichen Engagements ab und unterscheiden sich in Arbeitsweise und Aufbau zum Teil deutlich voneinander.
- Die Landschaft der Migrantenorganisationen entwickelt sich sehr dynamisch. Es gibt viele Neugründungen, darunter auch Migrantenorganisationen neuen Typs und Dachverbände.
- Daher gibt es keine einheitliche Definition, was eine Migrantenorganisation überhaupt ist. Es ist aber wichtig, die Organisationslandschaft möglichst genau zu beschreiben; nur so können die bestehenden Organisationen eingeordnet und auch sinnvoll gefördert werden.
- Migrantenorganisationen sind wichtige Elemente der Zivilgesellschaft. Es braucht deshalb fortlaufende Maßnahmen, um ihr Engagement zu stärken und sie bei ihrer Professionalisierung zu unterstützen. Das gilt gerade auch für neue Organisationen.

Zusammenfassung

Migrantenorganisationen sind wichtige Akteurinnen der deutschen Zivilgesellschaft. Ihre Ziele und Angebote für die jeweilige Community sind breit gefächert. Meist geht ihr Engagement darüber jedoch weit hinaus. Viele Migrantenorganisationen verstehen sich dabei auch als integrationspolitische Akteurinnen und werden zunehmend als solche von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wahrgenommen. Die gewünschte systematische Kooperation und die passgenaue Förderung von Migrantenorganisationen werden jedoch erschwert durch eine Reihe offener Fragen.

Für den Zeitraum der ‚Gastarbeiter‘-Ära bis etwa zur Jahrtausendwende ist vergleichsweise gut dokumentiert, wie sich das Feld der Migrantenorganisationen in Deutschland entwickelt hat. **Das Forschungsinteresse daran war jedoch nicht kontinuierlich, während sich das Feld zugleich sehr dynamisch entwickelt hat. So gibt es in Bezug auf die heutigen Migrantenorganisationen erhebliche Wissenslücken. Das betrifft die Größe, Vernetzung und Ausdifferenzierung des gesamten Feldes ebenso wie das Verständnis der Migrantenorganisationen von ihrer eigenen Rolle und**

Funktion, ihre konkrete Arbeitsweise und die Herausforderungen, mit denen sie zu kämpfen haben.

Zugleich sind Migrantenorganisationen in den letzten Jahren für die Integrationspolitik immer wichtiger geworden. Daher besteht hier erheblicher Forschungsbedarf.

Der vorliegende Policy Brief ist Teil eines Forschungsprojekts, das auf zwei Jahre angelegt ist: Bis Ende 2020 will der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) eine Übersicht zur Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland vorlegen, auf die sich Politik, Verwaltung und Migrantenorganisationen stützen können. Das Projekt soll Aufschluss über Zahl, Formen, Potenziale und Bedarfe der Migrantenorganisationen in Deutschland geben und Empfehlungen dazu entwickeln, wie Strukturen der Zusammenarbeit und Förderung verbessert werden können. Dazu trägt der vorliegende Policy Brief zusammen, was über die bisherige Entwicklung der Migrantenorganisationen in Deutschland und aktuelle Trends bekannt ist. Auf dieser Grundlage diskutiert er einige zentrale Fragen: Warum



ist es wichtig, das vielfältige Engagement von Migrantenorganisationen in der öffentlichen Debatte sichtbar zu machen? Brauchen wir überhaupt ein gemeinsames Verständnis davon, was unter einer Migrantenorganisation zu verstehen ist? Zudem ist dieses Etikett zwiespältig: Es markiert einen Sonderstatus, während zugleich gleichberechtigte Teilhabe angestrebt wird. Wie ist mit diesem Zwiespalt umzugehen, und welche Risiken sind damit verbunden? Welche Spannungen entstehen, wenn das Selbstverständnis von Migrantenorganisationen nicht mit den Fremdzuschreibungen und -erwartungen übereinstimmt? Welche Rolle spielen Migrantenorganisationen für gleichberechtigte Teilhabe? Und welche Fragen stellen sich beim Thema Förderung? Die hier aufgeworfenen und eingeordneten Fragen sollen dann in der laufenden Studie zum Teil vertieft und wenn möglich beantwortet werden.

Für den vorliegenden Policy Brief hat der SVR-Forschungsbereich in einem ersten Schritt die Organisationslandschaft gesichtet und kartiert, die jüngere Forschungsliteratur ausgewertet sowie zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenorganisationen, Behörden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt. **Dabei wurde deutlich: Die Migrantenorganisation gibt es nicht. Migrantenorganisationen decken inhaltlich wie formal die gesamte Bandbreite zivilgesellschaftlichen Engagements ab.** Insofern ist es auch folgerichtig, dass bis heute keine einheitliche Definition vorliegt, die für alle zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Kontexte gleichermaßen passt und in der sich möglichst alle Migrantenorganisationen wiederfinden.

Wichtig ist auch, sich der Ambivalenz des Etiketts „Migrantenorganisation“ bewusst zu sein. Einerseits bezeichnen viele Vereine sich selbst als Migrantenorganisation, Migrantenselbstorganisation oder Mi-

grantenverein. Die damit vorgenommene Abgrenzung von nicht migrantischen Vereinen, also von solchen, deren Ziele, Aktivitäten und Mitgliederstruktur keinen genuinen Migrationsbezug aufweisen, kann durchaus auch eine politische Funktion haben: Sie unterstreicht, dass echte Chancengleichheit und eine Normalität kultureller Vielfalt noch nicht erreicht sind. Zugleich liegt ein gewisses Risiko darin, wenn die Bezeichnungen durch die Migration entstandenen Unterschied betont und als einen dauerhaften ausweist, zugleich aber gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von der Herkunft angestrebt wird. Dieser Zwiespalt lässt sich jedoch nicht auflösen, sondern allenfalls mildern. **Problematisch ist es auch, wenn Vereine von außen beliebig als Migrantenorganisation bezeichnet werden, die sich selbst gar nicht als solche sehen und sich in Zielen und Aktivitäten kaum von nicht migrantischen Vereinen unterscheiden. Auch das ist eine ethnische Abgrenzung, die ausgrenzend wirken kann.**

Ein weiterer zentraler Befund ist: **Migrantenorganisationen dürfen keinesfalls auf ihren Beitrag zu integrationspolitischen Anliegen reduziert werden.** Zwar wirken viele dieser Organisationen ganz selbstverständlich auch darauf hin, gleichberechtigte Teilhabe in Deutschland zu verwirklichen. Genau wie bei allen anderen Vereinen speist sich ihre Daseinsberechtigung jedoch auch und vor allem aus ihren sonstigen kulturellen, sozialen, künstlerischen oder bildungsbezogenen Aktivitäten. Diese dürfen nicht abgewertet werden, nur weil sie nicht ausdrücklich auf integrationspolitische Effekte abzielen. Stattdessen muss – in den Organisationen wie auch außerhalb – darüber nachgedacht werden, welche Funktionen Migrantenorganisationen im Integrationsprozess übernehmen können und wollen und welche sie aus integrationspolitischer Sicht übernehmen sollten.

1 Migrantenorganisationen als Partnerinnen von Politik und Zivilgesellschaft¹

Migrantenorganisationen² wurden in Deutschland politisch lange Zeit kaum beachtet, und die wissenschaftliche Diskussion kreiste um die wenig fruchtbare Grundsatzfrage, ob sie per se integrativ wirken oder umgekehrt Abschottung fördern.³ Im Jahr 2005 trat dann das Zuwanderungsgesetz in Kraft. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist das politische und gesellschaftliche Interesse an der Arbeit von Migrantenorganisationen deutlich gestiegen. **Die politische Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und der Kurswechsel hin zu einer aktiven Integrationspolitik haben auch den Fokus verschoben: Der Blick richtet sich nun auf die Potenziale der Migrantenorganisationen, ihr Expertenwissen und ihre mögliche Vermittlerrolle bei der Verwirklichung gleichberechtigter Teilhabe** (Weiss 2013: 21). Mit dem Nationalen Integrationsplan von 2006 haben erstmals auch staatliche Institutionen auf Bundesebene Migrantenorganisationen als Vertreterinnen der Interessen von Zuwanderern und Zuwanderinnen anerkannt und aktiv in die Diskussionen von Politik, Verbänden, Wissenschaft und Medien einbezogen. Der 9. Integrationsbericht der Bundesregierung betonte ausdrücklich: „Migrantenorganisationen bilden Brücken zwischen Einwanderern

und deren Familien und der einheimischen Bevölkerung. [...] Es ist daher der richtige Weg, wenn Bund, Länder, Kommunen und nicht staatliche Akteure Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen in die Gestaltung von Integrationsmaßnahmen einbeziehen“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 30).

Heute setzen Politik und Verwaltung in vielen Bereichen große Hoffnungen in Migrantenorganisationen – z. B. bei der interkulturellen Bildungsarbeit, der Migrationssozialarbeit, der kulturellen Öffnung der Wohlfahrtspflege⁴ und der Entwicklung politischer Konzepte für gleichberechtigte Teilhabe. Seit 2015 gelten Migrantenorganisationen außerdem als wichtige Akteurinnen bei der Integration von Geflüchteten (Huth 2019: 2); dafür werden auch staatliche Fördermittel bereitgestellt.⁵

Hier hat also ein Perspektivwechsel stattgefunden, an den sich große Erwartungen knüpfen. Gleichzeitig gibt es weiterhin gravierende Wissenslücken. So ist – in den Migrantenorganisationen selbst wie auch außerhalb – bis heute unklar, was überhaupt eine Migrantenorganisation ist und wie mit der Ambivalenz dieses Etiketts umzugehen ist. Außerdem gibt es bislang nur grobe Schätzungen dazu, wie viele Organisationen in Deutschland als Migrantenorganisationen gelten können (s. Kap. 2.3).

1 Dieser Policy Brief erscheint im Rahmen des Forschungsprojekts „Migrantenorganisationen als Partner von Politik und Zivilgesellschaft“ des SVR-Forschungsbereichs. Gefördert wird das Forschungsprojekt vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Der Policy Brief wurde begleitet von Prof. Dr. Hacı Halil Uslucan, bis Juni 2019 Mitglied des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der SVR-Forschungsbereich. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider.

2 Die Begriffe Migrantenorganisation (MO) und Migrantenselbstorganisation (MSO) werden im vorliegenden Text und meist auch in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte bedeutungsgleich verwendet. Weitere verwandte Begriffe sind ethnischer Verein, migrantischer Selbsthilfeverein, Zuwandererverein oder auch migrantische (Selbst-)Organisation und – besonders im Rahmen der Entwicklungspolitik – Diasporaorganisation.

3 Zu dieser sog. Esser-Elwert-Kontroverse s. Elwert 1982; Esser 1986 sowie die Auseinandersetzungen damit in Fijalkowski/Gillmeister 1997; Diehl/Urbahn/Esser 1998; Heckmann 1998; Jungk 2000; Hunger 2004.

4 Viele Migrantenorganisationen engagieren sich in der kultursensiblen Wohlfahrtspflege, und dieses Engagement wird im Einwanderungsland Deutschland auch immer wichtiger. Bislang wurde es jedoch kaum systematisch untersucht. Hier setzt ein Forschungsprojekt an, das die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) durchführt. Ausgewählte Migrantenorganisationen in Deutschland werden telefonisch befragt, um bis Ende 2019 das Angebot sozialer Dienstleistungen in säkularen Migrantenorganisationen zu erfassen. Neben dieser Bestandsaufnahme soll auch herausgearbeitet werden, unter welchen Bedingungen die Bereitstellung von Leistungen der Wohlfahrtspflege besonders gut gelingt. Hieraus werden dann Maßnahmen abgeleitet, um Migrantenorganisationen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege weiter zu stärken (<https://dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-integration/projekt-wohlfahrtspflegerische-leistungen-von-saekularen-migrantenselbstorganisationen-in-deutschland/>, 14.10.2019).

5 Welche Hoffnungen bei der Integration von Geflüchteten in Migrantenorganisationen gesetzt werden, zeigt sich unter anderem in den Schwerpunkten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der neuen Förderperiode (2017–2021) bei der Strukturförderung von Migrantenorganisationen setzt: Der Förderschwerpunkt liegt diesmal „auf Organisationen, die einen großen Beitrag bei der Ankunft und Integration von Geflüchteten leisten“ (<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2017/20171218-am-neue-strukturfoerderung.html?nn=1367522>, 14.10.2019).



Insgesamt fehlt eine Übersicht über die Struktur der Landschaft, die Größe und Vernetzung der Migrantenorganisationen, ihre zentralen Themen bzw. Handlungsfelder und ihre konkreten Herausforderungen und Förderbedarfe. **Zu all diesen Bereichen gibt es nur lückenhaftes Wissen. Das erschwert eine systematische Zusammenarbeit und Förderung, wie sie allseits gewünscht wird.**

Hier setzt das Forschungsprojekt an, mit dem der SVR-Forschungsbereich bis Ende 2020 einen Gesamtüberblick über die Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland erarbeiten will.⁶ Der vorliegende Policy Brief beschreibt dazu die Vielfalt der Organisationen, die geschichtliche Entwicklung des Feldes und auch aktuelle Trends. Auf dieser Basis diskutiert er einige der zentralen politischen und gesellschaftlichen Fragen rund um das Thema Migrantenorganisationen: Brauchen wir in der Praxis ein gemeinsames Verständnis davon, was eine Migrantenorganisation überhaupt ausmacht? Wie kann mit der Zwiespältigkeit des Etiketts sinnvoll umgegangen werden? Inwieweit können Migrantenorganisationen zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe beitragen? Und wie sollten Migrantenorganisationen gefördert werden? Diese Fragen werden hier zunächst aufgeworfen und eingeordnet; im Rahmen des laufenden Forschungsvorhabens werden sie dann zum Teil eingehender analysiert und erörtert.

2 Entwicklung von Migrantenorganisationen in Deutschland

Die Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland ist sehr vielfältig und damit auch unübersichtlich – genau wie die Zivilgesellschaft insgesamt. Je nach Tätigkeitsfeldern, Zielsetzungen, Größe, Mitgliederstruktur, Organisationsform, transnationalen Beziehungen, Professionalität der Aktiven usw. haben Migrantenorganisationen unterschiedliche Bedürfnisse, Kompetenzen und Möglichkeiten. **Die Migrantenorganisation gibt es also nicht. Vielmehr verfolgen Migrantenorganisationen sehr unterschiedliche Ziele – z. B. religiöse, kulturelle, soziale oder auch politische**

Ziele, die sich manchmal auch auf die Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten beziehen. Oft sind solche Organisationen multifunktional: Sie sind in verschiedenen Bereichen tätig, die sich zudem im Laufe der Jahre und über die Generationen hinweg verändern haben können. Manche dieser Organisationen erheben den Anspruch, die Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund oder die Interessen einer bestimmten ethnischen Gruppe zu vertreten; andere sind völlig unpolitisch. Ihre Aktivitäten können sich ebenso auf Gegebenheiten in einem bestimmten Herkunftsland bzw. einer Herkunftsregion beziehen wie auf solche im Einwanderungsland; sie können auch beides miteinander verbinden. Auch in ihrem Aufbau zeigt sich eine große Bandbreite. **Migrantenorganisationen umfassen also das gesamte Spektrum bürgerlichen Engagements: von sehr kleinen, zeitlich befristeten Zusammenschlüssen bis hin zu großen Organisationen mit verschiedenen Rechtsformen und mit hauptamtlichen Stellen.**

Um diese Vielfalt der Migrantenorganisationen in Deutschland besser zu verstehen, ist es hilfreich, sich in einem ersten Schritt ihre Entstehungsgeschichte anzuschauen. Dabei zeigt ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, wie sich unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen und die Umstände von Zuwanderung im Laufe der Jahre auf die Formen und Arbeitsweisen sowie die Entwicklung von Migrantenorganisationen ausgewirkt haben.

2.1 Westdeutschland: von organisierter Betreuung zur Selbstorganisation

In der jungen Bundesrepublik war der Ausgangspunkt für die Entwicklung und Ausdifferenzierung von Migrantenorganisationen die groß angelegte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ab 1955 bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973. In dieser Zeit schloss die Bundesrepublik Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (beide 1960), der Türkei (1961), Marokko und Südkorea (beide 1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Mit der sozialen Betreuung und der rechtlichen Bera-

⁶ Für weitere Informationen zum Forschungsprojekt s. <https://www.svr-migration.de/migrantenorganisationen/>.

tung der zugewanderten Arbeitskräfte wurden in den 1950er und 1960er Jahren drei große Wohlfahrtsverbände beauftragt. Die Verteilung erfolgte nach Nationalitäten (Puskeppeleit/Thränhardt 1990: 49): Die Caritas war zuständig für (katholische) Migrantinnen und Migranten aus Italien, Spanien und Portugal sowie für katholische Migrantinnen und Migranten aus Jugoslawien bzw. Kroatien. Das Diakonische Werk betreute die griechischen Arbeitskräfte, die Arbeiterwohlfahrt die nicht katholischen jugoslawischen und türkischen Zugewanderten sowie alle Arbeitskräfte aus außereuropäischen Anwerbeländern (Thränhardt 1984: 46–47, 51).

Die personellen Mittel waren jedoch begrenzt; so konnten die Wohlfahrtsverbände mit ihren Betreuungsangeboten nur einen Bruchteil der Zugewanderten erreichen.⁷ Hier liegt ein erstes, sehr wichtiges Motiv für die Gründung von Migrantenselbstorganisationen: sich in der Fremde gegenseitig zu unterstützen. Zudem förderten die Wohlfahrtsverbände auch selbst die Entstehung von Ausländervereinen, die sich weitgehend selbst verwalteten. Zugleich wachten sie jedoch mit Argusaugen über deren Aktivitäten (Thränhardt 1984: 56–59). Gefördert wurden nur unpolitische Vereine; sie sollten vor allem Freizeitangebote bereitstellen (Thränhardt 1984: 56–57). Nicht zuletzt diese Einengung der Handlungsfelder verstärkte die Bestrebungen, sich von den Wohlfahrtsverbänden abzulösen und unabhängige Migrantenselbstorganisationen zu gründen. Hinzu kam, dass die Wohlfahrtsverbände zunehmend für sich in Anspruch nahmen, die Interessen der Migrantinnen und Migranten in Deutschland zu vertreten, diese aber nicht demokratisch beteiligten (Hunger 2004: 6).⁸

Die Wohlfahrtsverbände ermöglichten Zugewanderten also in dieser Phase nicht genügend Mitgestaltung und bevormundeten die Vereine in der

beschriebenen Weise; zudem war ihr Angebot der Migrationssozialarbeit insgesamt unzureichend. Deshalb gründeten sich schon früh parallel zu den Betreuungssystemen der Wohlfahrtsverbände auch deutsche Initiativgruppen aus Ehrenamtlichen, die sich dafür einsetzten, die Lebensbedingungen der Zugewanderten in Deutschland zu verbessern (Hunger 2004: 6). Sie orientierten sich dabei an der Idee einer „gleichberechtigten Initiativpolitik“ (MASSKS 1999: 15) und unterstützten die Einrichtung ausländischer Selbsthilfvereine (Hunger 2004: 6). Vor allem aus diesen Initiativgruppen bildete sich in den Folgejahren eine facettenreiche Landschaft von Migrantenselbstorganisationen (Hunger 2004: 6).

Eine dritte Akteursgruppe, die die Gründung von Migrantenselbstorganisationen unterstützte, waren die Herkunftsländer der Zugewanderten. Sie wollten dadurch die Heimatverbundenheit der Ausgewanderten stärken (Hunger 2004: 7). Im Vordergrund stand bei den Herkunftsländern ebenso wie bei den deutschen Institutionen über viele Jahre die beabsichtigte Rückkehr. Aber auch viele der Zugewanderten selbst hegten über lange Zeit die Absicht, später einmal zurückzukehren. Die Herkunftsländer hatten dabei noch weitere Motive: Sie wollten z. B. die Wahlbeteiligung im Heimatland erhöhen (MASSKS 1999: 9) oder die Kontrolle über oppositionelle Gruppen behalten, die das Land aus politischen Gründen verlassen hatten. Eine Rolle spielte auch der Beitrag zur Wirtschaft, den die Arbeitskräfte im Ausland durch ihren Geldtransfer ins Heimatland leisteten.

Die ersten westdeutschen Migrantenorganisationen waren in Bezug auf die Herkunft meist einheitlich aufgestellt: Ihre Mitglieder stammten aus derselben Region, hatten die gleiche Nationalität, eine gemeinsame Sprache und Kultur. Denn durch die groß angelegte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte waren

7 Bezogen auf Westdeutschland insgesamt kam beispielsweise bei den Zugewanderten aus der Türkei (die von der Arbeiterwohlfahrt betreut wurden) ein Sozialarbeiter bzw. eine Sozialarbeiterin auf 6.538 potenzielle Klienten und Klientinnen. Bei den von der Caritas betreuten Zugewanderten aus Italien und Spanien waren es 5.355 bzw. 2.496 (Thränhardt 1984: 53).

8 Diese mangelnde Öffnung (nicht nur der Wohlfahrtsverbände) ging u. a. zurück auf die Vorstellung (die in der Gesellschaft insgesamt vorherrschte), dass die ‚Gastarbeiter‘-Anwerbung eine Zuwanderung auf Zeit wäre (Puskeppeleit/Thränhardt 1990: 142). Anders verhielten sich die Gewerkschaften: Sie warben schon früh massiv für den Beitritt ausländischer Arbeitskräfte (Hunger 2004: 8) und verliehen ihnen rasch sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht. Daher waren Migrantinnen und Migranten schnell im gleichen Maß in Gewerkschaften organisiert wie deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies erklärt auch, wieso es in Deutschland bis heute keine eigenen ‚Migrantengewerkschaften‘ gibt. Die Vertretung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist eines der wenigen Felder, die selten oder nie den Hauptzweck einer Migrantenorganisation bilden.

die Herkunftsgruppen entsprechend groß, und wie oben angesprochen sorgten besonders die Wohlfahrtsverbände und die Herkunftsländer aktiv dafür, dass sie nach Nationalitäten getrennt versorgt wurden und Vereine bildeten. Zusammenschlüsse von Menschen unterschiedlicher Herkunft waren in den Anfangsjahren ungleich seltener.⁹ Entsprechend finden wir in Westdeutschland bis heute ein besonders breites Spektrum von Migrantenorganisationen bestimmter Herkunftsgruppen.

Inhaltlich und funktionell ist zu beobachten, dass sich in Westdeutschland die Aktivitätsfelder der Migrantenorganisationen schrittweise ausdifferenziert haben. In der Anwerbephase dienten die ersten Migrantenorganisationen wie oben beschrieben vor allem dazu, nach Feierabend Landsleute treffen zu können (Hunger 2004: 7) und die gemeinsame Herkunftskultur zu pflegen. Ein weiterer wichtiger Punkt wurde rasch die Bereitstellung religiöser Angebote (Hunger 2004: 8).¹⁰ Mit der Zeit kamen dann immer mehr Freizeitvereine mit spezielleren Angeboten hinzu. So entstanden zahlreiche Sport- und auch Musikvereine sowie Kulturvereine, deren Aktivitätsspektrum „über Folkloregruppen, multikulturelle Begegnungszentren bis hin zu Literatur-Clubs“ (Hunger 2004: 9) reichte und reicht.

Anfang der 1970er Jahre zeichnete sich ein Perspektivwechsel ab, als die Regierung einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte verfügte: Ein Daueraufenthalt wurde angesichts perspektivisch fehlender Möglichkeiten des temporären Aufenthalts zu einer Option, auch wenn sowohl die deutsche Gesellschaft als auch die Zugewanderten selbst weiterhin die Fiktion aufrechterhielten, dass sie später in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Insbesondere zogen ab 1973 verstärkt Familien nach. Dadurch gründeten sich nun auch vermehrt migrantische Familien-

und Elternvereine, die sich bildungspolitisch engagierten. Außerdem boten sie bestimmte Dienstleistungen an, z. B. Hausaufgabenhilfe oder Rechtsberatung in schulpolitischen Fragen (Hunger 2004: 10–11). Viele Arbeitskräfte, die zunächst für den Bereich der industriellen Fertigung angeworben wurden, wechselten zudem später in andere Tätigkeitsfelder. So entstanden auch immer mehr Berufs- und Branchenverbände ausländischer Selbständiger (Hunger 2004: 11). Insbesondere Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen waren, gründeten außerdem zahlreiche Vereine, die in der humanitären Hilfe aktiv sind (Hunger 2004: 11).

Als sich abzeichnete, dass immer mehr Zugewanderte dauerhaft in Deutschland bleiben würden, wurde für Migrantenorganisationen die politische Interessenvertretung in Deutschland immer mehr zum Thema. Im Zuge dessen begannen die Migrantenorganisationen ab den 1970er Jahren auch, sich stärker zu vernetzen und auf kommunaler und regionaler, auf Landes- und schließlich auch auf Bundesebene entsprechende Verbandsstrukturen zu bilden – dieser Prozess dauert bis heute an. Schon 1973 gründete sich etwa der deutschlandweit aktive Bund der spanischen Elternvereine e. V., der sich erfolgreich dafür einsetzte, die deutschen Regelklassen für spanische Kinder zu öffnen.¹¹ Auch entstanden nun herkunftsübergreifende Interessenvertretungen, beispielsweise die 1985 gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. **Die Zahl dieser Migrantenverbände stieg besonders ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Damit wollten die Organisationen sich vor allem besser vernetzen und stärker zusammenarbeiten, um ihre Interessen zu vertreten. Außerdem sollte die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden und es sollte überregionale Ansprechpartnerinnen und**

9 Hunger (2004: 7) hat den Umfang der verschiedenen Vereinsformen anhand einer Auswertung des Ausländerzentralregisters untersucht. Ihm zufolge gab es noch im Jahr 2001 achtmal so viele Vereine mit gleicher Herkunftsgruppe wie herkunftsübergreifende und deutsch-ausländische Vereine.

10 Religiöse Migrantenselbstorganisationen gründeten sich z. B. aus dem Bedürfnis heraus, Gottesdienste in der Herkunftssprache zu besuchen. Bei den muslimischen Zugewanderten (z. B. aus der Türkei, Marokko oder Tunesien) kam hinzu, dass es in Deutschland damals kaum muslimische Einrichtungen und Moscheen gab.

11 Ausländische Kinder wurden in Deutschland lange Zeit vorwiegend getrennt beschult, indem z. B. für ‚Gastarbeiterkinder‘ mit gleicher Nationalität eigene Klassen eingerichtet wurden. Heute ist die Eingliederung geflüchteter und anderweitig neu zugewandelter Kinder und Jugendlicher in die Regelklassen mithilfe von Vorbereitungsklassen bundesweit das gängige Modell (SVR-Forschungsbereich 2018: 10).

Ansprechpartner geben (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 85). Zu dieser Zeit wurden Migrantenorganisationen auch auf der politischen Ebene zunehmend stärker wahrgenommen (Huth 2019: 2).

Bereits ab 1972 wurden außerdem auf der Basis kommunaler Beschlüsse sog. Ausländerbeiräte eingerichtet (heute meist Integrationsbeiräte). Sie sollten auf kommunaler Ebene ausgleichen, dass Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sich nicht an Wahlen beteiligen können. Diese Beiräte haben bis heute eine Zwischenposition: Sie sind einerseits eng mit Migrantenorganisationen verbunden; andererseits werden sie durch ihre gesetzliche Verankerung in den Gemeindeordnungen anders wahrgenommen, nämlich als politisches Vertretungsgremium (s. Kap. 4.2).

Für den Zeitraum von der ‚Gastarbeiter‘-Ära bis etwa zur Jahrtausendwende ist für Westdeutschland also gut dokumentiert, wie sich die Landschaft der Migrantenorganisationen entwickelt und ausdifferenziert hat. Wie eine Befragung von Selbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1999 (MASSKS 1999) zeigt, waren viele der Migrantenorganisationen zu der Zeit Kulturvereine: 90 Prozent der damals befragten Organisationen gaben an, dass sie auch Angebote im kulturellen Bereich bereitstellen (Hunger 2004: 9). **Unklar ist jedoch, ob dies auch heute noch zutrifft.** Die aktuelle Datenlage ist auf überregionaler Ebene unzureichend.¹² Auf jeden Fall haben sich die Ziele und Aktivitätsfelder von Migrantenorganisationen im Zeitverlauf in vielerlei Hinsicht verändert – im Zuge des Generationenwechsels und auch dadurch, dass Zuwanderung vielfältiger geworden ist. Daher ist

es wichtig, die heutige Rolle und Funktion von Migrantenorganisationen eingehend zu untersuchen.

2.2 Ostdeutschland: Gründung von herkunftsübergreifenden Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung nach der Wende

Im Unterschied zu Westdeutschland war Zuwanderung in der DDR zunächst eher ein politisches als ein wirtschaftliches Instrument. Dorthin wanderten zum einen viel weniger Menschen; zum anderen waren dies lange Zeit überwiegend politische Flüchtlinge sowie Studierende und Lehrlinge, die in der DDR ausgebildet wurden.

Die einzige größere homogene Herkunftsgruppe in der DDR, die aus wirtschaftlichen Gründen aufgenommen wurde, bildeten die Vietnamesinnen und Vietnamesen, die fast alle als sog. Vertragsarbeitende in die DDR kamen. Vertragsarbeitende wurden – wenn auch in viel geringerem Umfang als in Westdeutschland – überwiegend ab Beginn der 1980er Jahre¹³ aufgenommen. Die DDR hatte entsprechende Staatsverträge unter anderem mit Vietnam, Kuba, Algerien, Angola und Mosambik geschlossen.¹⁴

In der DDR durften Ausländerinnen und Ausländer keine Vereine gründen; deshalb gab es dort keine formalen Migrantenorganisationen (Weiss 2005: 138).¹⁵ Entsprechend konnten sich die ersten Migrantenvereine erst nach der Wende gründen. Dies geschah meist in Kooperation mit Deutschen, vor al-

12 Es gibt jedoch vereinzelte Versuche, das Spektrum und die überregionale Entwicklung der Migrantenorganisationen für bestimmte Teilbereiche genauer zu erfassen. So veröffentlichte die Bundesintegrationsbeauftragte im Jahr 2011 eine Übersicht der Migranten(dach)organisationen in Deutschland (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011), und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend publizierte 2010 eine Forschungsstudie zu Migrantinnenorganisationen in Deutschland (Reinecke et al. 2010). Den Versuch einer überregionalen Typologisierung unternahmen Priemer und Schmidt. In einer bislang unveröffentlichten Analyse von Daten zu Migrantenorganisationen aus dem ZiviZ-Survey 2017 kommen sie zu dem Schluss, dass Bildung, Kultur und Religion auch heute noch zu den wichtigsten Handlungsfeldern von Migrantenorganisationen gehören. Darüber hinaus sei der soziale Bereich besonders wichtig, denn Migrantenorganisationen richteten sich häufiger als nicht migrantische Organisationen an Personengruppen mit besonderen Förderbedarfen wie z. B. sozial benachteiligte Menschen und Menschen mit Behinderungen (Priemer/Schmidt 2019).

13 Erste Arbeitskräfte kamen bereits Anfang der 1970er Jahre aus Algerien, allerdings waren das sehr wenige. Von Arbeitsmigration in größerem Umfang kann deshalb erst ab Anfang der 1980er Jahre gesprochen werden.

14 Zur Geschichte der Vertragsarbeitenden s. z. B. Müggenberg 1996; Sextro 1996; Marburger 1993; Raendchen 2000; Weiss/Dennis 2005.

15 Es gab jedoch informelle Zusammenschlüsse in den Wohnheimen, in denen die Vertragsarbeitenden untergebracht waren, oder auch Begegnungsstätten für Menschen aus dem In- und Ausland unter dem Dach der Kirche. Die kirchlichen Begegnungsstätten wurden Cabanas (portugiesisch „kleine Hütten“) genannt.

lem ehemaligen Gruppenbetreuerinnen und Gruppenbetreuern der Vertragsarbeitenden, die selbst im Zuge der Wende ihre Arbeit und damit ihre Existenzgrundlage verloren hatten. Auch die Kirchen sowie Akteurinnen und Akteure aus den Kommunen unterstützten und begleiteten diese Neugründungen.

Die ersten ostdeutschen Migrantenorganisationen entstanden vor dem Hintergrund einer umfassenden Systemkrise und Neuordnung. Auch der rechtliche Status der ostdeutschen Vertragsarbeitenden war zunächst völlig offen (Weiss 2005: 141).¹⁶ Unmittelbar nach dem Mauerfall war die wirtschaftliche und aufenthaltsrechtliche Situation der ehemaligen Vertragsarbeitenden sehr unsicher; zudem mehrten sich zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland fremdenfeindliche Übergriffe. Deshalb lag in Ostdeutschland schon bei den ersten Migrantenorganisationen ein großer Schwerpunkt auf rechtlichen und ökonomischen Fragen sowie konkreter Lebenshilfe. **Erst als sich der Rechtsstatus und die wirtschaftliche Situation der Zugewanderten festigte, traten auch hier jene Themen stärker in den Vordergrund, die in Westdeutschland von Anfang an eine große Rolle gespielt hatten, zum Beispiel die Pflege der Herkunftskultur und/oder Religion.**

Im Unterschied zur Entwicklung in Westdeutschland waren die ostdeutschen Migrantenorganisationen zudem von Anfang an eher herkunftsübergreifend ausgerichtet. Dies hat vor allem damit zu tun, dass in Ostdeutschland viel weniger Zugewanderte lebten. Nach der Wende zogen vor allem Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Kontingentflüchtlinge sowie Asylsuchende zu, die nach den Quotenregelungen der Zuwanderungsbestimmungen („Königsteiner Schlüssel“¹⁷) den neuen Bundesländern zugewiesen wurden (Kindelberger 2005: 167–168). Insgesamt wanderten und wandern aus Ostdeutschland jedoch aus wirtschaftli-

chen Gründen mehr Menschen ab, als dorthin zuwandern. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin) liegt derzeit bei durchschnittlich 6,8 Prozent; in den alten Bundesländern sind es im Schnitt 26,5 Prozent (Statistisches Bundesamt 2018; eigene Berechnung).

Abgesehen von den vietnamesischen Vertragsarbeitenden waren die Herkunftsgruppen der Migrantinnen und Migranten in den neuen Bundesländern somit viel zu klein, um Vereine für Menschen gleicher Herkunft zu gründen. Zudem arbeiten die Vereine in der täglichen Arbeit bis heute eng mit Deutschen zusammen. Dadurch waren die Strukturen von Anfang an offener. Ein Beispiel ist der Rostocker Verein „Diên Hông – Gemeinsam unter einem Dach e. V.“: Gegründet wurde er 1992 als direkte Reaktion auf die fremdenfeindlichen Übergriffe auf ein vietnamesisches Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen. Die vietnamesische Kultur spielt zwar bis heute eine besondere Rolle, doch bei Diên Hông engagierten sich von Anfang an Deutsche, Vietnamesinnen und Vietnamesen sowie Zugewanderte aus anderen Herkunftsregionen gemeinsam.

In Ostdeutschland waren Migrantenorganisationen außerdem schon relativ früh (wenn auch oft eher informell) vernetzt. Bereits 1999 wurde in Brandenburg die landesweite Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte ins Leben gerufen, die sich schnell auch für Migrantenorganisationen öffnete. 2008 folgte die Gründung des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA). Insgesamt ist aber der Anteil der Zugewanderten in den ostdeutschen Bundesländern bis heute recht klein geblieben – und damit auch der Druck auf politische Institutionen, das Thema Integration stärker zu beachten. Bis heute spielen Migrantenorganisationen für die Kommunen und Landesregierungen in Ostdeutschland eine geringere

16 Als 1991 das bundesdeutsche Ausländergesetz geändert wurde, bekamen die ehemaligen Vertragsarbeitenden nicht automatisch ein Bleiberecht (Weiss 2005: 141). Zwar konnten sie für die ursprünglich vereinbarte Beschäftigungsdauer eine allgemeine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten. Diese war allerdings auf die neuen Bundesländer und Berlin beschränkt (Weiss 2005: 141). In der Praxis bedeutete dies, dass ein großer Teil von ihnen arbeitslos wurde, denn viele DDR-Betriebe wurden nach dem Mauerfall geschlossen. Etwa zwei Drittel der ehemaligen Vertragsarbeitenden kehrten daraufhin in ihre Heimat zurück (Weiss 2005: 141; Kindelberger 2005: 167). Wer blieb, fand sich „in einem rechtlichen Provisorium, mit äußerst begrenzten Möglichkeiten, auf legalem Wege die Existenz in Deutschland wenigstens minimal abzusichern und ohne jeden Anspruch auf Hilfe und Unterstützung seitens des neuen demokratischen Deutschlands“ (Weiss 2005: 142).

17 Innerhalb Deutschlands legt der Königsteiner Schlüssel unter anderem fest, wie Asylsuchende auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Der Schlüssel wird jährlich aktualisiert. Berechnet werden die Quoten nach den Steuereinnahmen (2/3) und der Bevölkerungszahl (1/3) der einzelnen Bundesländer.

Rolle als in Westdeutschland, und sie sind tendenziell in weniger Bereichen aktiv. Migrantenorganisationen als Trägerinnen der sozialen Arbeit etwa sind selten. Allerdings fehlt bis heute eine qualifizierte Studie, die die Zahl der Migrantenorganisationen, ihre Formen und Tätigkeitsbereiche in den ostdeutschen Bundesländern verlässlich erfasst.

2.3 Die Landschaft der Migrantenorganisationen: aktuelle Trends und Fragen

Die Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland ist groß, und sie wächst weiter. Laut dem ZiviZ-Survey¹⁸ wurden in den letzten Jahren zahlreiche Migrantenvereine neu gegründet, und auch die Zahlen der Mitglieder und der dort Engagierten entwickeln sich positiv (Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 41). Die Autoren und Autorinnen des ZiviZ-Survey führen diesen Wachstumstrend auch darauf zurück, dass die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen ist (Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 41).

Wie viele Migrantenorganisationen es heute bundesweit gibt, weiß niemand genau, denn die Landschaft ist sehr dynamisch und vielfältig. **Die beiden vorliegenden Schätzungen dazu gehen von über 16.000 (Hunger 2005: 223)¹⁹ bzw. mehr als 17.500 (Priemer/Schmidt 2018: 2)²⁰ Migrantenorganisationen mit einer eingetragenen Rechtsform aus.** Nicht

formalisierte Zusammenschlüsse dürfte es ebenfalls sehr viele geben; dazu gibt es jedoch bis dato keine empirischen Erkenntnisse.²¹ Außerdem ist noch offen, wie sich die jüngere Zuwanderung von Geflüchteten auf den Umfang der Migrantenorganisationen ausgewirkt hat. **Doch sowenig sich die Zahl der Migrantenorganisationen in Deutschland bislang exakt bestimmen lässt, es ist trotzdem wichtig, zu ihrer Größenordnung und ihrem Aufgabenspektrum einen empirisch fundierten Überblick zu gewinnen. Denn Migrantenorganisationen sind heute quantitativ wie qualitativ gewichtige Akteurinnen der Zivilgesellschaft.**

In Bezug auf die strukturelle und inhaltliche Verfassung der Landschaft zeigen sich drei aktuelle Trends:

- (1) Die Migrantenorganisationen vernetzen sich zunehmend untereinander wie auch mit anderen gesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren und arbeiten stärker mit ihnen zusammen.
- (2) Die Felder, in denen Migrantenorganisationen aktiv sind, verzweigen und spezialisieren sich immer mehr und professionalisieren sich dadurch.
- (3) Neben Neugründungen (traditionellen Typs) treten neuartige Formen von Organisationen, die vor allem im digitalen Raum existieren.

Zunehmende Vernetzung und Kooperation, unter anderem durch Dachverbände

Seit den 1990er Jahren haben sich eine ganze Reihe von Migrantenorganisationen zu landesweiten und teilweise auch zu bundesweiten Dachverbänden zu-

18 ZiviZ ist eine Initiative, die vom Stifterverband, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung gegründet wurde. Mit dem ZiviZ-Survey 2012 führte sie die erste bundesweit repräsentative Befragung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch. Die hier zitierten Ergebnisse stammen aus dem zweiten ZiviZ-Survey von 2017, in dem erstmals auch Migrantenorganisationen untersucht wurden.

19 Diese erste bundesweite Erhebung aus dem Jahr 2001 stützte sich auf das Ausländervereinsregister. Darin waren zu der Zeit noch sämtliche in Deutschland registrierten Vereine aufgelistet, die von Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit gegründet wurden. Damals waren dort 16.000 Migrantenvereine registriert, fast 70 Prozent davon waren türkische Vereine (Hunger 2005). Zu bedenken ist allerdings, dass darin nur Gründungen von Ausländerinnen und Ausländern erfasst wurden, nicht die von Deutschen mit Migrationshintergrund. Damit fehlt ein Teil der Migrantenorganisationen.

20 Diese Schätzung wurde 2017 von den Autoren und Autorinnen des ZiviZ-Survey vorgenommen. Vier Rechtsformen sind in die Erhebung eingegangen: eingetragene Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und Genossenschaften. Allerdings stützt sich die Schätzung ausschließlich auf eine Namensanalyse (dabei berücksichtigt sie die Namen aller Vereine, gemeinnützigen GmbHs und Genossenschaften im Handelsregister und die der Stiftungen im Verzeichnis Deutscher Stiftungen von 2014) (Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 50). Das ist ein pragmatisches, aber vermutlich auch recht grobes Kriterium.

21 Viele der heutigen Migrantenorganisationen haben als informelle Zusammenschlüsse interessierter und engagierter Personen begonnen (vgl. Sezgin 2010). Es ist davon auszugehen, dass besonders junge Initiativen häufig noch nicht den Schritt getan haben, ihre Organisation zu formalisieren, z. B. als eingetragenen Verein (e. V.). Viele kennen die Anforderungen dafür nicht, oder sie scheuen die damit verbundene Bürokratie (vgl. Haase/Müller 2012). Informelle Gruppierungen sind für wissenschaftliche Untersuchungen und politische Förderstrukturen eine Herausforderung: Mengenmäßig sind sie, wenn überhaupt, nur mit großem Aufwand zu erfassen. Und um öffentliche Gelder beantragen zu können, müssen Organisationen eine gewisse Stabilität haben, und die ergibt sich eben vor allem aus dem Organisationsgrad und entsprechenden Verantwortlichkeiten.



sammengeschlossen (Hunger 2004: 10). Zwei Beispiele hierfür sind der Kroatische Weltkongress in Deutschland e. V. (gegründet 1994) und die Türkische Gemeinde Deutschland e. V. (gegründet 1995). Dieser Trend der zunehmenden Vernetzung in Verbänden scheint bis heute fortzubestehen. Er erklärt sich zum Teil dadurch, dass Migrantenorganisationen sich immer stärker im Bereich der politischen Interessenvertretung einsetzen. Trotzdem sind nach wie vor viele Migrantenorganisationen nicht verbandlich organisiert. Welche Rollen und Funktionen Migrantenverbände für ihre Mitglieder übernehmen, ist bisher ebenfalls nicht eingehend wissenschaftlich untersucht. Offen ist auch die Frage, inwieweit Entwicklungen in der westdeutschen Organisationslandschaft auf die Vereinstätigkeit in Ostdeutschland übertragbar sind.

Facettenreicher geworden ist in jüngster Zeit auch die Vernetzung zwischen Migrantenorganisationen oder -verbänden und anderen Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie staatlichen Stellen. **Die zunehmende Kooperation veranschaulicht nicht zuletzt, wie sehr Migrantenorganisationen seit Mitte der 1990er Jahre und vor allem seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 (integrations-)politisch an Bedeutung gewonnen haben.** Den Ausschlag dafür gaben Halm zufolge zwei Entwicklungen: Erstens wurde die Engagementförderung ab den 1990er Jahren politisch wichtiger, und dafür vermutete man bei Menschen mit Migrationshintergrund bis dato nicht genutztes Potenzial (2013: 20). Zweitens wendete sich die Bundespolitik 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz einer aktiveren Einwanderungs- und Integrationspolitik zu. Damit wurden auch große Migrantenorganisationen und -dachverbände politisch aufgewertet (Latorre/Zitzelsberger 2011: 54; Halm 2013: 21). Sie werden seither vermehrt an bundespolitischen Konsultationsprozessen beteiligt und sie übernehmen Maßnahmen nach dem Zuwanderungs- und Integrationsgesetz (Halm 2013: 21). Heute arbeiten Migrantenorganisationen in vielfältiger Weise mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und anderen Akteurinnen und Akteuren zusammen. Im Rahmen des laufenden Forschungsprojekts zu Migrantenorganisationen will der SVR-Forschungsbereich deshalb auch untersuchen, wer die wichtigsten Kooperationspartnerinnen und -partner von Migrantenorganisationen sind und wie die bestehende Zusammenarbeit verbessert werden kann.

Zunehmende Ausdifferenzierung und Spezialisierung
Die stärkere inhaltliche Zusammenarbeit bei einer ganzen Reihe von Themen hat auch mit der zweiten Entwicklung zu tun: Die Bereiche, in denen Migrantenorganisationen tätig sind, haben sich im Laufe der Jahre immer weiter ausdifferenziert. Beispielsweise bieten sie heute auch zunehmend wohlfahrtsstaatliche Leistungen an (etwa in der Kinder- und Jugendhilfe). In Westdeutschland waren Migrantenorganisationen anfangs vorwiegend unpolitische „Begegnungszentren“ (Hunger 2004: 8); es ging vor allem darum, andere zu treffen und die gemeinsame Herkunftskultur und Religion zu pflegen, und um Aktivitäten, die sich eher auf das Herkunftsland richteten (s. Kap. 2.1). Im Laufe der Zeit orientierten sich aber viele dieser Kulturvereine um. Auf das Herkunftsland und die Herkunftskultur bezogene Aktivitäten verloren allmählich an Bedeutung, und Fragen des Lebensalltags in Deutschland wurden wichtiger, besonders durch die zweite Generation (Latorre/Zitzelsberger 2011: 50). Die Aktivitäten wurden vielfältiger und wandelten sich, zum Beispiel auch in Richtung von Bildungsarbeit und sozialer Arbeit. Damit wurde es für Migrantenorganisationen immer wichtiger, sich zu professionalisieren – zumal sie in diesen Bereichen auch mit etablierten Trägern um öffentliche Mittel konkurrieren (Latorre/Zitzelsberger 2011: 51). Hier besteht nach wie vor ein Spannungsfeld: Mit dieser Neuausrichtung wächst der Anspruch und der Professionalisierungsbedarf; zugleich sind viele Migrantenorganisationen bis heute vollständig oder überwiegend ehrenamtlich getragen.

Online-Communitys als neuer Typ von Migrantenorganisation?

Neben die etablierten Formen von Migrantenorganisationen treten derzeit zunehmend auch neue, weniger formalisierte Formen. Daher ist zu fragen, inwiefern etwa bestimmte Online-Communitys als Migrantenorganisationen neuen Typs einzuordnen sind. Zu denken ist hier etwa an reine Facebook-Gruppen (ohne eine Offline-Entsprechung), die (neu) Zugewanderte und/oder Menschen mit Migrationshintergrund gegründet haben, um sich gegenseitig zu unterstützen. Interessant ist unter diesem Blickwinkel zum Beispiel die Initiative „Life and Study in Germany“. Diese 2009 gegründete Facebook-Gruppe dient als Anlaufstelle für Neuankommlinge und Studierende aus dem Ausland,

Info-Box 1 Die Neuen Deutschen Organisationen

Mit der zunehmenden Politisierung von Migrantenorganisationen und dem Generationenwechsel rückt auch immer mehr die Frage in den Mittelpunkt, die auch die gesellschaftliche Debatte über Integration in Deutschland bewegt: „Was ist deutsch?“ Das 2015 gegründete Netzwerk der Neuen Deutschen Organisationen (NDO), dem aktuell rund 100 Vereine, Organisationen und Projekte angehören, wird vor diesem Hintergrund mitunter als Migrantenorganisation neuen Typs bezeichnet. Die NDO selbst sehen sich jedoch ausdrücklich nicht als migrantische, sondern als postmigrantische Bewegung. Dies hängt auch mit der Entstehungsgeschichte zusammen:

Der zentrale Anlass für die Gründung vieler sich dem Netzwerk der Neuen Deutschen Organisationen verbunden fühlenden Initiativen war die Beobachtung, dass mit der Veröffentlichung des Buchs „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin im Jahr 2010 rassistische und antipluralistische Ressentiments wieder salonfähig wurden (Ataman 2015). In Reaktion darauf lautet das Credo der NDO: „Deutschsein ist nicht mehr von der Herkunft abhängig“ (Colinas 2017: 94). Die NDO kritisieren, dass *People of Color* und Menschen, die keine typisch deutschen Namen tragen, häufig automatisch als nicht deutsch wahrgenommen und deshalb diskriminiert werden. Den NDO geht es darum, dass Deutschland als Einwanderungsland gleichermaßen Heimat für Menschen mit und ohne internationale Geschichte ist. Dieser Ansatz der NDO kann insofern als komplementär zu den Aktivitäten von Migrantenorganisationen gesehen werden, denn er ersetzt diese nicht, sondern ergänzt sie. Das erklärt, wieso sich auch viele Migrantenorganisationen diesem Netzwerk angeschlossen haben.

hauptsächlich aus dem arabischen Raum. Sie zeigt beispielhaft, dass entsprechende Online-Communitys zum Teil Austausch- und Unterstützungsmöglichkeiten ins Zentrum stellen, die vor allem mit Migrantenorganisationen in Verbindung gebracht werden. Ob und ggf. wie solche auf den digitalen Raum bezogenen, nicht formalisierten Initiativen von neu Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund in die Landschaft der Migrantenorganisationen einzuordnen sind, ist bisher allerdings nicht wissenschaftlich untersucht.²²

Insgesamt differenzieren sich Migrantenorganisationen also zunehmend aus, ihre Bedeutung wächst und ihr Facettenreichtum hat durch Migrantenorganisationen neuen Typs noch einmal zugenommen (Info-Box 1). All dies unterstreicht die Wichtigkeit der im nächsten Kapitel diskutierten Frage, wie mit der vielfältigen Organisationslandschaft praktisch umzugehen ist.

3 Die Vielfalt der Migrantenorganisationen und das Problem ihrer Einordnung

Migrantenorganisationen decken die gesamte Bandbreite zivilgesellschaftlichen Engagements ab, und sie sind auch sehr unterschiedlich aufgebaut. Daher stellt sich in der Tat die Frage, ob und ggf. wie sie von nicht migrantischen Vereinen sinnvoll abzugrenzen sind – also von Vereinen, deren Ziele und Aktivitäten und deren Mitgliederstruktur keinen genuinen Migrationsbezug aufweisen. Die Forschung hat verschiedene Definitionen erprobt, die sich aber nicht durchsetzen konnten; sie werden entweder als zu vage eingestuft oder als zu konkret und damit nicht umfassend genug (Blätte 2014: 18; Pries 2010: 16; Winterhagen 2015: 82). Darüber hinaus scheint die Frage nach den Definitionskriterien für die Migrantenorganisationen selbst und die politische Praxis nicht zentral zu sein.²³

22 Hier ist auf die Arbeit von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung zu verweisen: Im Rahmen des Projekts „Neu in Berlin“ befasst sich Minor derzeit mit englisch-, französisch-, polnisch- und arabischsprachigen Internet-Communitys und entwickelt Strategien des „aufsuchenden Informationsmanagements“ für bislang analoge Stellen der Migrationsberatung (<https://minor-kontor.de/neu-in-berlin/>, 14.10.2019).

23 Das gilt nicht für alle Migrantenorganisationen. Beispielsweise können im Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) nur Vereine aufgenommen werden, deren Mitglieder und deren Leitungspersonal zu mindestens 70 Prozent aus Migrantinnen bestehen (www.damigra.de, 14.10.2019).

Trotzdem spielt es für die Organisationen durchaus eine Rolle, ob sie als Migrantenorganisation bezeichnet werden und sich selbst so bezeichnen. Diese Bezeichnung markiert – ob gewollt oder nicht – Grenzen, die Menschen ein- und ausschließen können.

3.1 Migrantenorganisation – ein zwiespältiges Etikett

Es gibt zahlreiche Verbände und Initiativen, die sich in ihrer Selbstbezeichnung ausdrücklich auf Migration beziehen und sich z. B. als Migrantenorganisation oder Migrantenverband bezeichnen. Dazu gehören etwa der Bundesverband Netzwerke der Migrantenorganisationen (BV-NEMO), der Dachverband der Migrantorganisationen in Ostdeutschland (DaM0st), der Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) oder die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland (BAGIV), um nur einige Beispiele zu nennen. Allerdings kann daraus nicht zwangsläufig geschlossen werden, dass die Mitglieder das Label „Migrantenorganisation“ zur Selbstbeschreibung tatsächlich bevorzugen.

So fand etwa der Dachverband der Stuttgarter Migrantenvereine, das Forum der Kulturen Stuttgart, in einer Befragung der eigenen Mitglieder heraus, dass diese Begriffe wie „Migrantenverein“ eher resigniert zur Selbstbeschreibung verwenden (Forum der Kulturen 2018: 8). Dies verweist auf eine Selbstdefinition nach der Herkunft, die in erster Linie als Reaktion auf eine entsprechende Abgrenzung von außen zu verstehen ist, nach dem Motto „wenn ihr uns als Gruppe von Migranten wahrnehmt, dann sehen wir uns eben selbst auch so“. Dieses psychologische Phänomen lässt sich auch auf der individuellen Ebene nachweisen (Sauer 2016: 70–73; Skrobanek 2009: 546), und es mündet in ein strukturelles Paradox: Um auf diese Abgrenzungen aufmerksam zu machen, müssen Zusammenschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund ihre Interessen als Interessen migrantischer Gruppen vertreten und damit ebendiese Abgrenzung

selbst vornehmen.²⁴ Passend dazu kommen einige Studien zu dem Ergebnis, dass Migrantenorganisationen auch deshalb entstanden sind, weil Migrantinnen und Migranten sich durch die Organisationen der Mehrheitsgesellschaft nicht hinreichend repräsentiert fühlen (Priemer/Krimmer/Labigne 2017: 41; Reinecke et al. 2010: 20–21).

Das Forum der Kulturen Stuttgart kommt in seiner Mitgliederbefragung zu dem Schluss, dass der Begriff Migrantenorganisation trotz seiner Ambivalenz noch benötigt wird. Die Abgrenzung zwischen „wir“ und „ihr“ zeige auch, dass kulturelle und ethnische Vielfalt noch nicht als Normalität wahrgenommen werde, deshalb könne auch von echter Chancengleichheit noch nicht gesprochen werden. Erst wenn diese erreicht sei, könne man auf das Etikett „Migrantenverein“ verzichten (Forum der Kulturen Stuttgart 2018: 8).

Trotzdem – oder gerade deswegen – sollte man sich die Ambivalenz des Etiketts bewusst machen. Die Rede von *Migrantenvereinen* zieht sprachlich eine ethnische Grenze. Damit rückt die Zusammensetzung der Mitglieder eines Vereins in den Mittelpunkt, unabhängig davon, ob dessen Ziele und Aktivitäten sich wesentlich von denen eines Vereins unterscheiden, der sich nicht konkret auf Migration bezieht. Wenn beispielsweise Bildungsvereine nicht in erster Linie als solche, sondern als Migrantenvereine gesehen werden, fördert das nicht die Integration und Gleichstellung.

In der Praxis zeigt sich das Problem beispielsweise darin, dass Migrantenorganisationen von der Politik bis heute vornehmlich bei Themen von Migration und Integration einbezogen und dabei fast zwangsläufig auf die Rolle von ‚sozialen Dienstleistenden‘ reduziert werden (Evers/Klie/Roß 2015: 7; Latorre/Zitzelsberger 2011: 53–54).²⁵ Dies gilt nicht nur für die Zusammenarbeit mit der Politik, sondern teilweise auch für die mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft (Reinecke et al. 2010: 72–73). Deshalb kritisieren Migrantenorganisationen häufiger, dass die Kommunikation nicht auf Augenhöhe stattfindet und sie in wichtige Entscheidungsprozesse kaum einbezogen würden

²⁴ Dieses Paradox teilen Migrantenorganisationen beispielsweise mit Vereinen, die für Frauenrechte eintreten.

²⁵ Latorre und Zitzelsberger (2011: 54) sehen darin die Folge eines neuen sozialpolitischen Denkmusters, das in die Migrationspolitik übernommen wird: Danach ist die Übernahme von Verantwortung durch bürgerschaftliches Engagement ein fester Bestandteil der Sozialpolitik.

(Ersoy/Latorre/Zitzelsberger 2018: 463; Reinecke et al. 2010: 71).

Die Rede von Migrantenorganisationen bleibt in der Praxis also nicht ohne Folgen. Diese Folgen sind nicht alle gewünscht; gleichzeitig wird der Begriff aber noch gebraucht. Darum ist es wichtig, sich eingehend mit der Frage auseinanderzusetzen, wann es sinnvoll ist, eine Organisation als Migrantenorganisation zu bezeichnen.

3.2 Ist es nötig und möglich, Migrantenorganisationen zu definieren?

Zahlreiche Vereine bezeichnen sich selbst als Migrantenorganisationen. Schon deshalb kann die Lösung zurzeit nicht sein, dass man auf den Begriff grundsätzlich verzichtet. **Doch das Feld der Migrantenorganisationen in Deutschland ist vielfältig und dynamisch. Insofern ist es nur folgerichtig, dass es bis heute keine einheitliche Definition gibt, die für alle zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Kontexte gleichermaßen passt und der möglichst alle Migrantenorganisationen zustimmen können.** Tatsächlich *kann* es eine solche einheitliche Definition gar nicht geben. Bei einem dynamischen Feld, das wächst und sich zugleich verändert, in dem Selbstbeschreibungen und Fremdwahrnehmungen im Wandel sind, müssen Definitionen an den Rändern ein Stück weit unscharf bleiben bzw. fortlaufend ausgehandelt werden.

Wollte man eine Universaldefinition vorgeben, würde das zudem die Bedeutung von Selbstzuschreibungen missachten. Und für einen Dialog auf Augenhöhe ist es gerade entscheidend, Selbstzuschreibungen zu respektieren. Daher empfiehlt es sich, nur solche Organisationen als Migrantenorganisationen zu bezeichnen, die einen Migrationskontext auch selbst als bestimmend für ihr Handeln ansehen. **Der SVR-Forschungsbereich versteht daher im Rahmen des laufenden Forschungsprojekts unter Migrantenorganisationen**

(1) gemeinnützige²⁶ Zusammenschlüsse, (2) die mehrheitlich von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte²⁷ getragen werden und (3) bei denen für ihr Selbstverständnis, ihre Ziele und Aktivitäten eine Migrationserfahrung im weitesten Sinne zentral ist, bei denen es also einen starken Bezug zu einem gemeinsamen Herkunftsland oder einer Herkunftsregion und/oder der migrationsbedingten Situation bzw. dem gesellschaftlichen Zusammenleben im Einwanderungsland gibt.²⁸

Bei den Zielen und Aktivitäten von Migrantenorganisationen ist nach dieser Definition ein breites Spektrum denkbar: Es reicht von der Pflege einer gemeinsamen Herkunftskultur oder kulturell-religiöser Traditionen über entwicklungspolitisches Engagement für eine bestimmte Herkunftsregion bis zum Einsatz für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Empowerment²⁹

26 Das Kriterium der Gemeinnützigkeit soll rein gewinnorientierte Organisationen ausschließen. Denn als ein zentrales Merkmal bürgerschaftlichen Engagements neben Freiwilligkeit gilt, dass ein Zusammenschluss nicht auf materiellen Gewinn abzielt.

27 Die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird von Migrantenorganisationen zum Teil kritisch gesehen. Deshalb verwendet der SVR-Forschungsbereich hier die alternative Bezeichnung „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“. Für die Operationalisierung wird auf die durch das Statistische Bundesamt etablierte Definition von Migrationshintergrund zurückgegriffen. Nach dieser Definition hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Kinder dieser Gruppen.

28 Dieser Ansatz ist im wissenschaftlichen Diskurs keineswegs neu. Die Definition lehnt sich eng an jene von Ludger Pries an, der als Migrantenorganisationen „solche Organisationen bezeichnet, die in einem ganz erheblichen Ausmaß (mindestens etwa zur Hälfte) aus Migranten zusammengesetzt sind und die sich mit migrationsrelevanten Themen und Aufgaben beschäftigen“ (Pries 2010: 16). Zugleich geht sie darüber in zweierlei Hinsicht hinaus: Erstens bestimmt sie die Art der migrationsbezogenen Aktivitäten genauer. Zweitens sollten diese im Selbstverständnis der Organisation für diese maßgeblich sein. Damit erhält die Eigenperspektive der Organisationen in der hier vorgeschlagenen Definition mehr Gewicht.

29 In der sozialen Arbeit steht der Begriff Empowerment (übersetzt: Ermächtigung, Befähigung, Stärkung) für verschiedene Handlungskonzepte, die Menschen bei der Entdeckung und Weiterentwicklung der eigenen Stärken unterstützen. Daneben findet der Begriff auch Anwendung, wenn sich Menschen ohne Unterstützung aus eigener Kraft größere Handlungsspielräume, mehr Autonomie, Teilhabe und Gestaltungsvermögen aneignen. Gemeinsam ist den beiden Verwendungsweisen, dass die „Selbstgestaltungskräfte“ (Herriger 2006: 6), Ressourcen und Fähigkeiten zur Selbstveränderung betont werden. Der Begriff Empowerment steht somit für eine Abkehr von dem „Defizit-Blickwinkel, der bis heute das Klientenbild der traditionellen psychosozialen Arbeit einfärbt“ (Herriger 2006: 7).

und dem Kampf gegen Rassismus. Die Beschränkung auf Vereine, für deren Engagement Migrationserfahrungen *zentral* sind, verhindert zugleich, dass jede zivilgesellschaftliche Vereinigung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte automatisch als Migrantenorganisation eingeordnet wird. Beispielsweise ist es nicht sinnvoll, einen Sportverein als Migrantenorganisation zu bezeichnen, nur weil er überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund getragen wird – etwa weil in der Region viele Migrantinnen und Migranten leben. Zugleich gibt es im Sportbereich auch Migrantenvereine, die neben dem Sport auch das Ziel haben, Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und sie z. B. in Fragen des sozialen Erfolgs zu unterstützen (etwa im Bildungsbereich) (Metzger 2018: 68–69). Diese Vereine können also sowohl als Sport- wie als Migrantenvereine verstanden werden. Noch schwieriger ist eine klare Grenzziehung bei religiösen Organisationen.

Religiöse Gemeinden als Migrantenorganisationen?

Ob religiöse Gemeinden dem Feld der Migrantenorganisationen zuzuordnen sind, wird vor allem in Bezug auf muslimische Gemeinden diskutiert. Zwar haben nach wie vor die meisten Musliminnen und Muslime in Deutschland einen Migrationshintergrund (Stichs 2016: 30), aber der Hauptzweck religiöser Organisationen ist zunächst die Religionsausübung und nicht Kulturpflege oder die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe.³⁰ Zugleich belegen Studien, dass viele muslimische Gemeinden und Dachverbände auch Jugendarbeit und soziale Beratungsdienste für Menschen mit Migrationshintergrund anbieten (Halm et al. 2012: 356–364; Halm/Sauer 2015: 93). Das gilt jedoch nicht nur für muslimische Gemeinden: Sowohl soziale Beratung als auch die Pflege der Herkunftskultur finden sich prinzipiell auch bei Migrationskirchen, ebenso wie in hinduistischen, buddhistischen, jesidischen und anderen religiösen Gemeinden (Nagel 2016: 89–92).³¹

Ähnlich ist es bei alevitischen Vereinen (Sökefeld 2005: 55–56).³² **Bei der Frage nach Migrantenorganisationen sollten folglich auch religiöse Organisationen weder prinzipiell aus- noch eingeschlossen werden.** Vielmehr kommt es darauf an, inwieweit sie sich auch für migrationsbezogene Belange einsetzen und inwieweit dieses Engagement für sie tatsächlich von hoher Bedeutung ist.

Auf diese Weise wird erstens verhindert, dass Musliminnen und Muslime gleichgesetzt werden mit Menschen mit Migrationshintergrund, wie es zahlreiche Studien bis heute tun (Halm 2013; Nagel 2016). Zweitens kommen so auch andere religiöse Organisationen in den Blick, deren Engagement in migrationsbezogenen Fragen sonst oft gänzlich unberücksichtigt bleibt. Zu denken ist hier beispielsweise an katholische Migrantenvereine und katholische oder evangelische Migrationsgemeinden. Denn bis zum Anwerbestopp 1973 kam über die Hälfte der nach Deutschland Zugewanderten aus überwiegend katholisch geprägten Ländern, und bis heute gibt es etwa 450 muttersprachlich geprägte katholische Migrationskirchen mit fast 500 Priestern und Ordensleuten (Thränhardt/Winterhagen 2019: 1–3). Diese Gemeinden boten schon in den 1970er und 1980er Jahren neben der Religionsausübung auch soziale Beratung, Sport, Musik oder Jugendgruppen an (Thränhardt/Winterhagen 2019: 3).

Auch jüdische Gemeinden sollten nicht per se ausgeschlossen werden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind in großer Zahl Jüdinnen und Juden aus den ehemaligen Unionsrepubliken nach Deutschland zugewandert; zwischen 1993 und 2017 waren es über 200.000 (BMI 2019: 114; Ben-Rafael/Sternberg/Glöckner 2010: 34).³³ Sie haben die jüdischen Gemeinden in Deutschland nachhaltig verändert; in fast allen stellen sie heute die klare Mehrheit. Nennenswerte Ausnahmen bilden die großen Gemeinden in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg und München, in denen ein beträchtlicher Anteil der Mitglieder keinen Mi-

30 So verwundert es auch nicht, dass Vorstände der ersten Zuwanderungsgeneration in muslimischen Gemeinden es häufig nicht als ihre Aufgabe ansehen, über die Religionspraxis hinaus aktiv zu werden (Ceylan/Kiefer 2016: 5).

31 Bei der zitierten Untersuchung handelt es sich um qualitative Fallstudien. Dadurch kann nicht auf den Umfang oder Anteil entsprechender Aktivitäten in den religiösen Migrantenorganisationen in Deutschland insgesamt geschlossen werden.

32 Der Frage, ob Alevitentum eine eigene Religion ist oder eher eine Ausprägung des Islam, soll hier nicht nachgegangen werden. Die Aleviten und Alevitinnen in Deutschland scheinen sich selbst eher als eigene Religion oder religiös-kulturelle Strömung zu verstehen (Sökefeld 2005: 59–60).

33 In den jüdischen Gemeinden sind allerdings nur knapp 98.000 Personen organisiert (die Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion eingeschlossen).

grationshintergrund hat (Ben-Rafael/Sternberg/Glückner 2010: 37; Glückner 2007: 125; ZWST 2019). Neben Wohlfahrtsleistungen spielt in zahlreichen jüdischen Gemeinden vor allem die Pflege der Herkunftskultur bis heute eine Rolle. Somit können auch die jüdischen Gemeinden nicht einfach auf Religion reduziert werden, sofern ihr Tätigkeitsspektrum deutlich über die religiöse Praxis hinausgeht und die Migrationserfahrung der Mitglieder für die Gemeinden von hoher Bedeutung ist (Ben-Rafael/Sternberg/Glückner 2010: 36).³⁴ Außerdem wandern seit etwa 2010 immer mehr Menschen aus Israel insbesondere nach Berlin zu (Kranz 2015: 8).

Organisationen von Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern – ein Sonderfall?

In einer besonderen Situation ist die Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler.³⁵ Diese verstehen sich aufgrund der Tatsache, dass ihre Familie ursprünglich aus Deutschland stammt, häufig nicht als Migrantinnen und Migranten (Holzmann/Kliemann 2007: 99), auch wenn sie selbst erst im Laufe ihres Lebens nach Deutschland zugewandert sind; deshalb ist es auch fraglich, ob sie selbst ihre Organisationen als Migrantenvereine bezeichnen würden. Der Hauptunterschied zu anderen Migrantinnen und Migranten liegt im rechtlichen Status: Anerkannten Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern wird automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt. Bis 2005 hatte zudem nur diese Gruppe einen Rechtsanspruch auf die Teilnahme an einem Sprachkurs.³⁶ Abgesehen davon stehen Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler jedoch vor ähnlichen Herausforderungen wie (andere) Migrantinnen und Migranten.³⁷ Entsprechend verfolgen ihre Organisationen häufig ähnliche Ziele wie Migranten-

organisationen. So bietet etwa die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. (LMDR) unter anderem „Betreuung und Beratung [...] in allen Fragen der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung“³⁸ an und fördert die Integration von Jugendlichen über Angebote zu Sprachförderung und Bildung. Und der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e. V. konzentriert sich in erster Linie auf die Pflege der eigenen Kultur.³⁹

4 Potenziale und Bedarfe von Migrantenorganisationen: zentrale Fragen

Migrantenorganisationen sind ein legitimer Ausdruck der religiösen, kulturellen, sozialen und politischen Selbstbestimmung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in einer pluralen Gesellschaft. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass die Lebenssituation und die Interessen von Zuwanderinnen und Zuwanderern wahrgenommen werden, und sie arbeiten auf vielfältige Weise mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen zusammen (Latorre/Zitzelsberger 2011: 49). Insgesamt hat sich die deutsche Landschaft der Migrantenorganisationen in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt, und diese Organisationen übernehmen in der Zivilgesellschaft vielfältige und anerkannte Funktionen. Diese Entwicklung wirft aber auch neue Fragen auf.

4.1 Einmal Migrantenorganisation – immer Migrantenorganisation?

Migrantenorganisationen wandeln sich auch durch Generationenwechsel in der Leitung und bei den Mit-

34 Darüber hinaus gibt es auch jüdisch-säkulare Organisationen wie den jüdischen Kulturverein in Berlin, der sich mit der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion aus einer weltlichen Perspektive auseinandersetzt (Ben-Rafael/Sternberg/Glückner 2010: 40).

35 Aussiedlerinnen und Aussiedler bzw. Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind Personen deutscher Herkunft, die vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihren Wohnsitz jenseits der heutigen Ostgrenzen Deutschlands hatten (u. a. in Polen oder der Sowjetunion) und die diese Gebiete als Folge des Krieges verlassen mussten bzw. von dort vertrieben wurden. Als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler werden Personen bezeichnet, die auf vertriebenenrechtlicher Grundlage nach dem 01.01.1993 zugewandert sind.

36 Zwar wurden auch vor 2005 schon Sprachkurse für anerkannte Flüchtlinge angeboten, jedoch nicht flächendeckend.

37 Das betrifft vor allem mangelnde Deutschkenntnisse (zumindest bei den Nachkriegsgenerationen). Zugleich erfahren Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler ähnliche soziale Benachteiligung wie andere Menschen mit Migrationshintergrund (Holzmann/Kliemann 2007: 96–98; 102; Panagiotidis 2017; Worbs et al. 2013: 121–122; 144).

38 www.lmdr.de, 14.10.2019

39 www.siebenbuerger.de, 14.10.2019



gliedern. Dies ist einerseits wünschenswert, denn es schafft Kontinuität und sorgt dafür, dass Wissen weitergegeben wird und Kooperationen und Aktivitäten fortgeführt werden können. **Auf der anderen Seite könnte es ein Signal der (Selbst-)Absonderung senden, wenn Vereine, die auch für eine dritte oder vierte Zuwanderungsgeneration noch interessant sind, sich weiterhin als Migrant*innenorganisation ausweisen oder unter diesem Etikett handeln.**

Natürlich kann es auch in späteren Zuwanderungsgenerationen spezielle Bedarfe geben, die Organisationen einer bestimmten Herkunftsgruppe besser abdecken können. Die Idee eines vererbten Migrationshintergrunds sollte aber nicht das entscheidende Merkmal für die soziale Integration einer dritten oder auch vierten Generation sein. Das Etikett Migrant*innenorganisation impliziert jedoch genau dies.

Konsequenterweise wären die Ziele und die Selbstbezeichnung von Vereinen somit auch im Hinblick auf einen Generationenwechsel zu überdenken. Steht beispielsweise für die Mitglieder der dritten oder vierten Generation die gemeinsame Kulturpflege oder der Sport im Zentrum, könnte sich der Verein entsprechend in einen Kultur- bzw. Sportverein umwandeln. Oder die Vereine können sich auf die neu Ankommen*innen beziehen und ihre Ziele wieder an den vielfältigen Bedarfen einer neuen ersten Zuwanderungsgeneration ausrichten. Hier stellt sich die Frage, wie Migrant*innenorganisationen mit dieser Herausforderung umgehen, wie sie sich in solchen Wandlungsprozessen gegenseitig unterstützen können, ob jemand sie auf diesem Weg begleiten kann und ggf. wer.

Doch nicht nur der Generationenwechsel kann die Zusammensetzung der Mitglieder verändern, sondern ebenso eine Öffnung der Organisationen für Mitglieder, die nicht der eigenen Herkunftsgruppe entstammen (s. hierzu auch Metzger 2018). Manche nehmen zunehmend auch Mitglieder ohne Migrationshintergrund auf, die sich für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen wollen. Andere verändern ihr Angebot, sodass es auch Menschen ohne internationale Geschichte vor Ort anspricht. **Dadurch kann der**

Anteil der Mitglieder ohne Migrationshintergrund irgendwann so weit steigen, dass jene mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte nicht mehr die Mehrheit stellen. Wenn das der Fall ist und wenn die Themen Migration und Teilhabe in der Selbstwahrnehmung nicht mehr im Mittelpunkt stehen, erscheint es wenig sinnvoll, eine Organisation weiterhin als Migrant*innenorganisation zu bezeichnen.

4.2 Für wen sprechen Migrant*innenorganisationen im politischen Prozess?

Migrant*innenorganisationen sind auch deshalb wichtig, weil sie Migrant*innen eine Stimme geben. Diese muss gehört werden, so wie im demokratischen Prozess auch andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Akteure hinzugezogen werden, um den gesellschaftlichen Pluralismus abzubilden. Zudem verfügen Migrant*innenorganisationen über eine Expertise, die andere oft nicht haben. Sie anzuerkennen und mit ihnen zusammenzuarbeiten ist deshalb ein wichtiger Schritt, um gleichberechtigte Teilhabe in Deutschland zu verwirklichen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Migrant*innenorganisationen die Zuwanderungsbevölkerung auch umfassend politisch vertreten können und sollten. Erstens ist nicht jede Migrant*innenorganisation überhaupt politisch engagiert. Und zweitens kann bürgerschaftliches Engagement in Vereinen generell nicht die Vertretung in politischen Parteien oder Gremien ersetzen, geschweige denn die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen, sofern ein entsprechendes Wahlrecht besteht.

Das gilt auch für die Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte, die die meisten Kommunen schon seit vielen Jahren eingerichtet haben (s. Kap. 2.1). Zum einen sind diese Beiräte ausschließlich beratende Gremien, und zum anderen sind viele Kommunen inzwischen dazu übergegangen, die Beiräte zu benennen.⁴⁰ Denn im alten Wahlsystem⁴¹ war die Beteiligung teilweise so niedrig, dass die demokratische Legitimation fraglich erschien (Cyrus/Vogel 2008: 31; Wilmes 2018).

40 Dabei kommen dann meist die größeren und etablierten Migrant*innenorganisationen zum Zuge, die gute Kontakte zu den Kommunen unterhalten.

41 Die Modalitäten der Wahl regelt die jeweilige Gemeindeordnung.

Zu fragen ist auch, inwieweit Migrantenorganisationen überhaupt repräsentativ sind. Sie werden häufig als Interessenvertretung aller Zuwanderinnen und Zuwanderer gesehen bzw. in dieser Rolle angesprochen. Doch es kann nicht einfach unterstellt werden, dass z. B. der Verein einer bestimmten Herkunftsgruppe in einer Kommune tatsächlich die Interessen aller Angehörigen dieser Herkunftsgruppe vor Ort vertritt und in ihrem Namen sprechen kann. Vielmehr ist ungeklärt, inwieweit sich die Zuwanderungsbevölkerung von Migrantenorganisationen vertreten fühlt. Einen demokratischen Legitimierungsprozess gibt es meist nicht, und Menschen mit Migrationshintergrund sind in ihren politischen Meinungen und Haltungen genauso vielfältig wie die übrige Bevölkerung. Zudem sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht selbstverständlich in Migrantenorganisationen aktiv, was die Idee einer umfassenden politischen Vertretung zusätzlich schwächt. **Migrantenorganisationen vertreten – genau wie jede andere Organisation – in allererster Linie ihre Mitglieder (Weiss 2013: 25). Sie sollten daher nicht als Interessenvertretung der gesamten Zuwanderungsbevölkerung betrachtet und angesprochen werden.** Ein solcher Fokus würde auch verkennen, dass Migrantenorganisationen nicht nur in Sachen Integrationspolitik Fachkenntnis mitbringen. Je nach Tätigkeitsfeld können sie ebenso Expertinnen für Bildungsfragen, Jugendpolitik, Sozialpolitik und anderes sein.

Die Frage der Repräsentativität stellt sich in ähnlicher Weise für Verbände und neue Zusammenschlüsse, beispielsweise die 2017 ins Leben gerufene Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen. Diese Zusammenschlüsse hatten durchaus auch zum Ziel, durch die Bündelung von Migrantenorganisationen eine breitere Basis für politische Forderungen und die angestrebte Mitsprache zu gewinnen. Inwieweit sie die einzelnen Migrantenorganisationen angemessen repräsentieren können, ist aber eine offene Frage. Die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen thematisiert diesen Punkt auch selbst: In ihrer Geschäftsordnung weist sie darauf hin, dass sie immer nur für die jeweils teilnehmenden Organisationen spricht.⁴²

4.3 Erleichtert das Engagement in Migrantenorganisationen den sozialen Aufstieg?

Das Engagement in einer Migrantenorganisation wird oft auch als Selbstermächtigung (Self-Empowerment) betrachtet (z. B. Latorre/Zitzelsberger 2011). Zivilgesellschaftliches Engagement fördert z. B. die Organisations- oder Führungskompetenz, erweitert das Wissen über gesellschaftliche Abläufe und ermöglicht, sich mit Gleichgesinnten zu verbinden. Daneben schafft die Vernetzung mit anderen soziales Kapital, das – idealerweise – Zugänge zu weiteren Ressourcen eröffnet. Uslucan betont, dass Migrantenorganisationen neben ihrer Rolle als Vertretung der Migrantinnen und Migranten und als demokratiebildendes Element vor allem Mittel des sozialen Aufstiegs sind (Uslucan 2015: 4). Ohne Zweifel trägt das Engagement in einer Migrantenorganisation dazu bei, kollektive wie auch individuelle Kompetenzen zu entwickeln. Es schafft neue soziale Kontakte, und durch Vernetzung erschließen sich neue Blickwinkel, Einblicke und individuell auch Zugänge. Dass bürgerschaftliches Engagement *systematisch* den sozialen Aufstieg erleichtert, ist jedoch bislang nicht empirisch belegt.

Aufwärtsmobilität im Sinne eines sozialen Aufstiegs kann auch nur funktionieren, wenn die Gesellschaft sich nicht nur dort öffnet und entsprechende Chancen bietet, wo spezielle Problemlagen mit Migrantenorganisationen gemeinsam besser zu bewältigen sind. **In den letzten Jahren wurde zwar einiges erreicht. Trotzdem fehlen nach wie vor diskriminierungsfreie Zugänge zu allen Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, und die kulturelle Öffnung der Gesellschaft steckt immer noch in den Kinderschuhen.** Wie zahlreiche Studien belegen, sind strukturelle Hürden und auch individuelle Ausgrenzungserfahrungen nach wie vor keine Ausnahme (z. B. SVR 2018 zu Diskriminierungserfahrungen; SVR-Forschungsbereich 2016 zu Bildungsbenachteiligung; Hinz/Auspurg 2017 zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt). Das Engagement in einer Migrantenorganisation kann also ein wichtiger Schritt zu individueller Teilhabe sein. Als Türöffner für generelle Teilhabe an den zentralen Bereichen des ge-

42 https://bundeskonferenz-mo.de/wp-content/uploads/2018/10/180705_Gesch%C3%A4ftsordnung-BKMO-Stand-05.07.2018.pdf, 14.10.2019

sellschaftlichen Lebens kann es aber nur wirken, wenn diese Bereiche das auch zulassen – und wenn nicht die Migrant*innenorganisation selbst sich eher abgrenzt.⁴³

4.4 Sind soziale Projekte von Migrant*innenorganisationen eine dauerhafte Lösung?

Immer mehr Migrant*innenorganisationen sind heute eigenständige Trägerinnen sozialer Projekte (z. B. in der Jugend- oder Bildungsarbeit) und als solche unverzichtbar. Sie werden auch „zunehmend als Experten für die bedarfsgerechte Ausrichtung der Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern herangezogen“ (Özer/Knabe 2009: 8). Dahinter steht die Auffassung, dass Migrant*innenorganisationen einen besseren Zugang zu Migrant*innen und Migranten haben und daher eher als andere Organisationen in der Lage sind, ihre Bedürfnisse einzuschätzen und zu vertreten (Weiss 2013: 21; Latorre/Zitzelsberger 2011: 49). In der Tat können Migrant*innenorganisationen Hemmschwellen abbauen und Zugänge eröffnen, besonders für neu Zugewanderte.

Soziale Projekte von Migrant*innenorganisationen können ein wichtiger Zwischenschritt sein, um zwischen Zugewanderten und etablierten Trägern zu vermitteln und deren Angebote zu ergänzen. Hierin liegt ihre große Stärke. Zugleich fragt sich, ob solche Projekte dauerhaft und über Generationen hinweg die Lösung sein können. Pointiert gefragt: Sollte die Seniorin mit Migrationshintergrund langfristig darauf angewiesen sein, in einer Pflegeeinrichtung betreut zu werden, die von einem Migrant*innenverband betrieben wird? Oder wäre für die Zukunft nicht wünschenswert, dass auch andere Einrichtungen den vielfältigen Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger entsprechen können – unabhängig von der Herkunft? Es stellt sich also fortlaufend die Frage: **Wo und wie lange ist es sinnvoll und notwendig, bestehende Strukturen zu ergänzen – und wo nicht?**

Weiterhin ist zu überlegen, ob im Sinne einer kulturellen Öffnung der Schwerpunkt langfristig nicht eher darauf liegen sollte, dass Migrant*innenorganisationen mit nicht migrantischen Trägern *zusammenarbeiten* (Latorre/Zitzelsberger 2011: 55–56). Es kann nicht das Ziel sein, Projekte wie außerschulische Betreuung, Elternarbeit oder Jugendhilfe langfristig nach Herkunftsgruppen bzw. nach Migrationshintergrund getrennt zu organisieren. Auch können Migrant*innenorganisationen nicht all die Probleme regeln, für deren Lösung die Mehrheitsgesellschaft in der Vergangenheit zu wenig Angebote bereitgestellt hat. Soziale Ungleichheit und mangelnde Teilhabe zu bekämpfen ist hauptsächlich eine Aufgabe der (wohlfahrts-)staatlichen Regelstrukturen, sie kann nicht auf Migrant*innenorganisationen ausgelagert werden. Diese können nicht allein die Bedingungen für die Entstehung benachteiligender Lebenssituationen beseitigen und ihre Folgen bewältigen. Einen wichtigen Beitrag dazu können sie gleichwohl leisten. Hierfür ist es wünschenswert, dass sich auch die Politik und Migrant*innenorganisationen über die oben aufgeworfenen Fragen verständigen.

4.5 Wie sollten Migrant*innenorganisationen gefördert werden?

Verschiedene Seiten fordern immer wieder, dass Migrant*innen(dach)organisationen dauerhaft gefördert werden (Paritätischer Gesamtverband 2011: 41; BKMO 2017: 3; NDO 2018: 4); derzeit gibt es eine solche auf Dauer gestellte Förderung kaum. Aber es gibt öffentliche Förderung für Migrant*innenorganisationen. Neben Förderprogrammen auf Bundesebene (Info-Box 2) existieren derzeit auch wichtige Landesprogramme.⁴⁴ Das Land Nordrhein-Westfalen hat z. B. mit dem Kompetenzzentrum für Integration eine eigene Einrichtung für die Förderung von Migrant*innenorganisationen auf Landesebene eingerichtet.⁴⁵

43 Auch wenn sich der Blick auf die Ressourcen von Migrant*innenorganisationen richtet, darf nicht übersehen werden, dass vereinzelte Organisationen vor allem die Interessen des Herkunftslands vertreten oder sogar gegen die Integration ihrer Mitglieder arbeiten können wie etwa die Grauen Wölfe (Pries 2013: 4).

44 Im Rahmen des Forschungsprojekts des SVR-Forschungsbereichs wurden im Jahr 2019 mit den Verantwortlichen aller 16 Bundesländer Interviews zu den auf Landesebene vorhandenen Förderprogrammen für Migrant*innenorganisationen geführt. Die systematische Auswertung dieser Interviews ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

45 <http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/MSO/index.php>, 14.10.2019

Info-Box 2 Bundesprogramme zur Förderung von Migrantenorganisationen

Die Bundespolitik hat sich in den letzten fünf bis zehn Jahren verstärkt mit der Förderung von Migrantenorganisationen befasst. Diese ist zudem ein Bestandteil des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I) der Bundesregierung (Bundesregierung 2012: 287–291). Auf Bundesebene gibt es daher durchaus Programme, die sich in erster Linie an Migrantenorganisationen richten.

Das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Modellprojekt „Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“ existiert seit 2013. Es ermöglicht bundesweit tätigen Migrantenorganisationen, professionelle Strukturen aufzubauen. Zurzeit werden in diesem Rahmen 13 Dachverbände von Migrantenorganisationen sowie der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat e. V. (BZI) gefördert. Aufgrund der Fluchtbewegungen seit 2015/16 werden allerdings in der zweiten Förderperiode seit 2017 vorwiegend Organisationen finanziell unterstützt, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind. Daneben fördert das BAMF im Rahmen eines gleichnamigen Modellprojekts deutschlandweit 14 *Houses of Resources* über einen Zeitraum von drei Jahren. Die *Houses of Resources* richten sich nicht nur, aber vorwiegend an Migrantenorganisationen und unterstützen sie bei der Umsetzung ihrer Projekte nach Bedarf durch Beratung und Qualifizierung. Außerdem stellen sie Räumlichkeiten und andere nicht finanzielle Unterstützung bereit und helfen Migrantenorganisationen, Fördermittel einzuwerben. Neben diesen überwiegend auf sie zugeschnittenen Modellprojekten profitieren Migrantenorganisationen zum Teil auch von breiter angelegten Förderprogrammen, z. B. dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Allerdings handelt es sich bei diesen Programmen stets um Projektförderungen, die die Organisationen in die Lage versetzen sollen, sich nach der Förderphase eigenständig zu finanzieren. Eine Verstetigung in Form von institutioneller Förderung ist darin grundsätzlich nicht vorgesehen (BT-Drs. 19/2376).

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie eine staatliche Förderung von Migrantenorganisationen angelegt sein sollte (Weiss 2013). Abgewogene Empfehlungen dazu können erst auf der Basis der empirischen Bestandsaufnahme entwickelt werden, die im Rahmen der Studie geplant ist. Im Folgenden werden aber erste Vorüberlegungen skizziert.

Zunächst gilt es zu bedenken: Wenn eine Migrantenorganisation aus Integrationsmitteln gefördert wird, betont das einen Sonderstatus – ob sie nun im Bereich Sport, Kultur, Religion, Bildung oder einem anderen Feld tätig ist. Zudem birgt es die Gefahr, dass die Fördermittelgeber, die eigentlich für die jeweiligen Bereiche (z. B.

Sport, Kultur oder Bildung) zuständig sind, vorrangig Organisationen unterstützen, deren Ziele und Mitgliederstruktur nicht ausdrücklich auf Migration bezogen sind. Dies würde eher Abgrenzung als Integration fördern.

Daraus folgt: **Eine Förderung aus Integrationsmitteln erscheint zwingend und sinnvoll, solange Migrantenorganisationen noch keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu Fördermitteln für spezielle Ziele haben,⁴⁶ und besonders dann, wenn es um politische Vertretung geht. Die Förderung sollte jedoch vor allem dazu beitragen, gleichberechtigte Zugänge zu regulären Fördermitteln zu eröffnen oder Migrantenorganisationen als Trägerinnen anzuerkennen,⁴⁷**

46 Das kann z. B. der Fall sein, wenn die Anforderungen der Antragstellung zu hoch sind, Eigenmittel fehlen oder aufgrund rein ehrenamtlicher Strukturen die personellen Kapazitäten begrenzt sind.

47 In Bezug auf religiöse Organisationen existiert ein solcher Ansatz bereits für Musliminnen und Muslime. Es handelt sich dabei um das im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz (DIK) vom BMFSFJ initiierte Projekt „Empowerment zur Wohlfahrtspflege mit den Verbänden der Deutschen Islamkonferenz“. Das Projekt will zur Entwicklung religions- und kultursensibler Wohlfahrtsleistungen von und für Musliminnen und Muslime beitragen. Dazu sollen DIK-Mitgliedsorganisationen befähigt werden, anerkannte Trägerinnen der freien Wohlfahrtspflege zu werden. Außerdem wird in diesem Zusammenhang eine verstärkte Vernetzung mit etablierten Wohlfahrtsverbänden angestrebt. Das bundesweite Modellprojekt ist auf drei Jahre angelegt und läuft bis Ende des Jahres 2020 (<https://www.empowerment-wohlfahrtspflege.de/>, 14.10.2019).



z. B. von SGB-Regelangeboten wie Erwachsenenbildung, Sprach- und Integrationskursen oder freier Jugendhilfe. Migrantenorganisationen werden wie viele andere Vereine auch weitestgehend ehrenamtlich getragen. Darum fehlt es für die Beantragung von Fördermitteln nach wie vor sehr häufig an Wissen, Zeit, Möglichkeiten der Kofinanzierung und Zugängen zu entscheidenden Netzwerken oder zu Geldgebern und Geldgeberinnen (Weiss 2013: 26). Hinzu kommen mitunter Sprachbarrieren.

Eine Förderung aus Integrationsmitteln ist weiterhin für integrationspolitische Vereine notwendig, um vor allem neue Organisationen im Prozess ihrer Entwicklung und Professionalisierung zu unterstützen. Angesichts der hohen Zahlen von Geflüchteten ab 2015/16 wurden allerdings viele Fördermittel für die Integrationsarbeit umgewidmet,⁴⁸ die jetzt vielleicht in anderen wichtigen Bereichen fehlen. Auf der anderen Seite haben sich gerade aus der Betreuungsarbeit für Geflüchtete heraus auch neue Migrantenorganisationen und Initiativen gebildet, die zur Professionalisierung ganz besonders auf Unterstützung angewiesen sind. Wichtige Faktoren hierfür sind Beratung, Empowerment und Vernetzung.

Auch die ideelle Förderung und Unterstützung sollte verstärkt werden. Hier kann zum einen der im Ansatz schon beschrittene Weg ausgebaut werden, Partnerschaften mit Einrichtungen einzugehen, die in dem betreffenden Themenfeld schon lange aktiv sind (z. B. den Wohlfahrtsverbänden). Wichtig ist hierbei aber, solche Partnerschaften tatsächlich so zu gestalten, dass sie gleichberechtigt (s. Kap. 3.1) und zu beiderseitigem Vorteil realisiert werden. Ebenso sind Mentoringprogramme notwendig, um Zugänge zu schaffen, sich zu vernetzen und vor allem Soft Skills zu erwerben. Hier braucht es in Zukunft mehr systematische und langfristige Ansätze; zudem müssen Migrantenorganisationen in alle Entscheidungsprozesse, die sie betreffen, konsequent einbezogen werden. Auch dass Migrantenorganisationen sich systematisch gegenseitig unterstützen, ist ein wichtiger Ansatz, der fortgeführt werden sollte.

Zu klären ist aber auch die Frage, welche Grundvoraussetzungen Migrantenorganisationen erfüllen

sollten, um eine Förderung zu erhalten, und welche Zugeständnisse die Verwaltung hier machen kann (z. B. in Bezug auf Rechtsfähigkeit, Verwaltungskompetenz usw.), um sie auf ihrem Weg in die Professionalität zu fördern und zu unterstützen. Diesen Fragen soll das Projekt weiter nachgehen.

5 Fazit und Ausblick

Migrantenorganisationen sind äußerst vielfältig und facettenreich. Sie decken die gesamte Bandbreite zivilgesellschaftlichen Engagements ab und sind auch strukturell sehr unterschiedlich. Nach einer langen Zeit von – auch kritischer – Distanz zu Migrantenorganisationen zeigen Politik und Öffentlichkeit heute ein starkes Interesse an ihrer Arbeit und wünschen sich eine umfassende Zusammenarbeit – insbesondere bei dem Ziel, gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu verwirklichen. Diese Erwartungen können Migrantenorganisationen mit rein ehrenamtlichen Strukturen nicht erfüllen. Deshalb sollten sie über gezielte Förderung die Möglichkeit erhalten, sich weiterhin zu professionalisieren, sofern das ihr Anliegen ist. Wichtig ist dabei, dass die entsprechenden Förderangebote die Zielgruppe der Migrantenorganisationen auch tatsächlich erreichen.

Eine solche passgenaue Abstimmung von Förderangebot und Förderbedarf ist derzeit jedoch schwierig. Denn während die Bedeutung von Migrantenorganisationen zugenommen hat, ist das Wissen über ihre Potenziale und Bedarfe wie auch ihre vielfältigen Formen lückenhaft geblieben. Erforscht werden muss insbesondere, wie die Landschaft der Migrantenorganisationen in Deutschland heute insgesamt aufgestellt und vernetzt ist und vor welchen konkreten Herausforderungen sie steht. Ebenso ist genauer zu untersuchen, welche Funktionen Migrantenorganisationen im Integrationsprozess konkret übernehmen *können*, welche sie übernehmen *wollen* und welche sie aus integrationspolitischer Sicht übernehmen *sollten* – gerade auch angesichts der sehr ungleichen Zielgruppen und Voraussetzungen. Dabei ist auch zu bedenken, dass Migrantenorganisationen (genau wie Organisati-

48 Ein Beispiel dafür ist das Programm „Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf Bundesebene“ (Info-Box 2).

onen ohne genuinen Migrationsbezug in ihren Zielen und ihrer Mitgliederstruktur) nicht darauf reduziert werden dürfen, was sie zu gleichberechtigter Teilhabe beitragen können oder wollen. Denn Migrantenorganisationen haben nicht nur Expertise im Bereich Integration. Sie können ebenso sachverständig für Bildung, Sport, Gesundheit, Frauenrechte oder anderes sein. Politik, Zivilgesellschaft und Medien müssen den Blick deshalb auch verstärkt darauf richten, welche Rollen und Funktionen Migrantenorganisationen jenseits der unmittelbaren Förderung gesellschaftlicher Teilhabe erfüllen und wie sie angesichts der vielen Herausforderungen gefördert und unterstützt werden können.

Genau diese Fragen stehen bei dem aktuellen Forschungsprojekt zu Migrantenorganisationen im Zentrum. In diesem Rahmen erstellt der SVR-Forschungsbereich bis Ende des Jahres 2020 eine praxisrelevante Übersicht zur Größe, Vielfalt und Vernetzung der Migrantenorganisationen in Deutschland sowie zu ihren Potenzialen und Bedarfen. Hierzu kooperiert der SVR-Forschungsbereich mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenorganisationen, Migrantenverbänden und weiteren zivilgesellschaftlichen und politischen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. In einem

ersten Schritt sollen bis Ende 2019 in ausgewählten Bundesländern (Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen) möglichst alle Migrantenorganisationen ermittelt werden. Damit gewinnt die Studie erste belastbare Erkenntnisse zur Größe und Vielfalt der Migrantenorganisationen in Deutschland.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrantenverbänden wird anschließend eine quantitative Befragung der ermittelten Migrantenorganisationen durchgeführt. Ergänzend werden ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen interviewt. Damit will das Forschungsprojekt untersuchen, in welchen Bereichen Migrantenorganisationen hauptsächlich tätig sind, wie sie sich selbst sehen, mit welchen Herausforderungen sie in der täglichen Arbeit kämpfen und welche Unterstützung sie konkret benötigen. In die Erhebung und Analyse werden auch die bundesweit agierenden Dachverbände einbezogen. Ein übergeordnetes Ziel besteht darin, Handlungsempfehlungen für Politik, Verwaltung, Interessenvertretungen und die Migrantenorganisationen selbst zu entwickeln, besonders im Hinblick darauf, wie Unterstützungs-, Förder- und Kooperationsstrukturen verbessert werden können.

Literatur

- Ataman, Ferda* 2015: Auch wir sind das Volk. Rede vom 06.02.2015. (<https://neuedeutsche.org/de/artikel/hoechste-zeit-dass-wir-uns-treffen/>, 14.10.2019)
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* 2011: Migrantendachorganisationen in Deutschland, Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration* 2012: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin.
- Ben-Rafael, Eliezer/Sternberg, Yitzhak/Glückner, Olaf* 2010: Juden und jüdische Bildung im heutigen Deutschland. Eine empirische Studie im Auftrag des L. A. Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora, ohne Ort.
- BKMO – Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen* 2017: Dokumentation der 1. Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen, 20.–21. November 2017 in Berlin. (<https://bundeskonferenz-mo.de/wp-content/uploads/2018/10/Dokumentation-1.BKMO-2017.pdf>, 14.10.2019)
- Blätte, Andreas* 2014: Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik 1998–2006, Wiesbaden.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2019: Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2016/2017, Berlin.
- Bundesregierung* 2012: Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen, Berlin.
- Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael* 2016: Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Eine historische und systematische Einführung, Wiesbaden.
- Colinas, Carmen* 2017: Die Neuen Deutschen Organisationen, in: Groß, Torsten/Huth, Susanne/Jagusch, Birgit/Klein, Ansgar/Naumann, Siglinde (Hrsg.): Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft, Schwalbach im Taunus, 93–99.
- Cyrus, Norbert/Vogel, Dita* 2008: Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. POLITIS-Working Paper No. 13/2008, Oldenburg.
- Diehl, Claudia/Urbahn, Julia/Esser, Hartmut* 1998: Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Elwert, Georg* 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 34: 4, 717–731.
- Ersoy, Bülent/Latorre, Patricia/Zitzelsberger, Olga* 2018: Migrant_innenselbstorganisationen im Wandel der Zeit, in: Blank, Beate/Gögercin, Süleyman/Sauer, Karin E./Schramkowski, Barbara (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder, Wiesbaden, 457–468.
- Esser, Hartmut* 1986: Ethnische Kolonien: „Binnenintegration“ oder gesellschaftliche Isolation?, in: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H. P. (Hrsg.): Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland, Berlin, 106–117.
- Evers, Adalbert/Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan* 2015: Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik, in: APuZ, 65: 14–15, 3–9.
- Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut* 1997: Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft, Berlin.
- Forum der Kulturen Stuttgart* 2018: Vielfalt in Migrantenvereinen. Ergebnisse der Umfrage „Engagement von Migrantenvereinen in der Region Stuttgart und Erfahrungen aus 20 Jahren Forum der Kulturen Stuttgart e. V.“, Stuttgart.
- Glückner, Olaf* 2007: Zuwanderung und Integration russischer Juden in Ostdeutschland, in: Weiss, Karin/Kindelberger, Hala (Hrsg.): Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg, 114–126.
- Haase, Marianne/Müller, Bettina* (2012): Entwicklungspolitisch engagierte Migrantorganisationen: Potenziale für die Integration in Deutschland? BAMF Forschungsbericht 14, Nürnberg.
- Halm, Dirk* 2013: (Des-)Integrative Wirkungen von Migrantenverbänden bzw. Migrantorganisationen. Stand der wissenschaftlichen Diskussion und aktuelle Entwicklungen. Expertise im Auftrag des SVR, Essen.

- Halm, Dirk/Sauer, Martina* 2015: Soziale Dienstleistungen der in der Deutschen Islam Konferenz vertretenen religiösen Dachverbände und ihrer Gemeinden. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Berlin.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina/Schmidt, Jana/Stichs, Anja* 2012: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. BAMF Forschungsbericht 13, Nürnberg.
- Heckmann, Friedrich* 1998: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung?, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwanderungsanteil, Bonn, 29–41.
- Herriger, Norbert* 2006: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 3., erw. und akt. Aufl., Stuttgart.
- Hinz, Thomas/Auspurg, Katrin* 2017: Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, in: Scherr, Albert/El-Mafaa-lani, Aladin, Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung, Wiesbaden, 387–406.
- Holzmann, Irina/Kliemann, Joachim* 2007: SpätausiedlerInnen in den neuen Bundesländern, in: Weiss, Karin/Kindelberger, Hala (Hrsg.): Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg, 96–113.
- Hunger, Uwe* 2004: Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration und des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland, Münster/Osnabrück.
- Hunger, Uwe* 2005: Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg im Breisgau, 221–244.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes* 2009: Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des BAMF, Münster.
- Huth, Susanne* 2019: Die Rolle von Migrantenorganisationen im Flüchtlingsbereich. Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen. Studie mit Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frankfurt am Main.
- Jungk, Sabine* 2000: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten – Instanzen gelingender politischer Partizipation, in: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3: 4, 24–28.
- Kindelberger, Hala* 2005: Selbsthilfe und Ausländerbeiräte in den neuen Bundesländern, in: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg im Breisgau, 164–183.
- Kranz, Dani* 2015: Israelis in Berlin. Wie viele sind es und was zieht sie nach Berlin? Bericht des Kooperationsprojekts zwischen der Bertelsmann Stiftung und dem Deutschlandradio „Faszination und Befremden – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“, Gütersloh.
- Latorre, Patricia/Zitzelsberger, Olga* 2011: MigrantInnenselbstorganisationen und Soziale Arbeit. Was der Zusammenarbeit auf Augenhöhe im Wege steht, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24: 2, 49–58.
- Marburger, Helga* (Hrsg.) 1993: „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR vor und nach der Wende. Werkstattberichte Interkulturelle Forschungs- und Arbeitsstelle, Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaft der Technischen Universität Berlin, Nr. 4, Frankfurt am Main.
- MASSKS – Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.) 1999: Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme, Düsseldorf.
- Metzger, Stefan* 2018: Das Spiel um Anerkennung. Vereine mit Türkeibezug im Berliner Amateurfußball, Wiesbaden.
- Müggenberg, Andreas* 1996: Die ausländischen Vertragsarbeiter in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation. Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Berlin.
- Nagel, Alexander-Kenneth* 2016: Religiöse Migrantenorganisationen als soziale Dienstleister. Eine potentialorientierte Perspektive, in: Soziale Passagen, 8: 1, 81–97.
- NDO – Neue Deutsche Organisationen* 2018: Money is power! Förderpolitik für Migrant*innenorganisationen (MO) und Neue Deutsche Organisationen (NDO). (https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/Publikationen/RZ_NDO_Fact_Fo__rderpolitik_1_05.pdf, 14.10.2019)



- Özer, Cemalettin/Knabe, Elke* 2009: Verbindliche Kooperationen von Kommunen und Migrantenorganisationen. Expertise im Auftrag des BAMF, Bielefeld.
- Panagiotidis, Jannis* 2017: Aussiedler. Website der bpb, Beitrag vom 13.07.2017. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252536/aussiedler?p=0>, 14.10.2019)
- Paritätischer Gesamtverband* (Hrsg.) 2011: Expertise: Stärken und Potentiale von bundesweit organisierten und tätigen Migrantendachorganisationen, Berlin.
- Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Labigne, Anaël* 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey 2017, Berlin.
- Priemer, Jana/Schmidt, Mara* 2018: Engagiert und doch unsichtbar? Migrantenorganisationen in Deutschland. Policy Paper 02 des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, Essen.
- Priemer, Jana/Schmidt, Mara* 2019: Neue deutsche Zivilgesellschaft. Eine Bestandsaufnahme des Engagements von Migrantenorganisationen in Deutschland. Unveröffentlichte Analyse auf Basis des ZiviZ-Survey 2017, Berlin.
- Pries, Ludger* 2010: (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde, in: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden, 15–60.
- Pries, Ludger* 2013: Migrantenselbstorganisationen. Umfang, Strukturen, Bedeutung, in: focus Migration Kurzdossier 21, 1–9.
- Puskeppel, Jürgen/Thränhardt, Dietrich* 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, Freiburg im Breisgau.
- Raendchen, Oliver* 2000: Fremde in Deutschland. Vietnamesen in der DDR, in: Hinz, Hans-Martin (Hrsg.): Zuwanderungen – Auswanderungen – Desintegration nach 1945, Wolfenbüttel, 78–101.
- Reinecke, Meike/Stegner, Kristina/Zitzelsberger, Olga/Latorre, Patricia/Kocaman, Iva* 2010: Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland. Studie im Auftrag des BMFSFJ, Berlin.
- Sauer, Martina* 2016: Teilhabe und Befindlichkeit: Der Zusammenhang von Integration, Zugehörigkeit, Deprivation und Segregation türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Mehrthemenbefragung des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung 2015, Essen.
- Sextro, Uli* 1996: Gestern gebraucht – heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR, Dresden.
- Sezgin, Zeynep* 2010: Türkische Migrantenorganisationen in Deutschland. Zwischen Mitgliederinteressen und institutioneller Umwelt, in: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden, 201–232.
- Skrobanek, Jan* 2009: Perceived Discrimination, Ethnic Identity and the (Re)Ethnicisation of Youth with a Turkish Ethnic Background in Germany, in: Journal for Ethnic and Migration Studies, 35: 4, 535–554.
- Sökefeld, Martin* 2005: Integration und transnationale Orientierung: Alevitische Vereine in Deutschland, in: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg im Breisgau, 47–68.
- Statistisches Bundesamt* 2018: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2017. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Stichs, Anja* 2016: Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015. BAMF Working Paper 71, Nürnberg.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018: Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahrestgutachten 2018, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2018: Schule als Sackgasse? Jugendliche Flüchtlinge an segregierten Schulen, Berlin.

- Thränhardt, Dietrich* 1984: Im Dickicht der Verbände. Korporatistische Politikformulierung und Verbandsgerechte Verwaltung am Beispiel der Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik, in: Bauer, Rudolph/Dießenbacher, Hartmut (Hrsg.): Organisierte Nächstenliebe. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe in der Krise des Sozialstaats, Opladen, 45–66.
- Thränhardt, Dietrich/Winterhagen, Jenni* 2019: „Nebenkirchen“. Italienische, spanische und kroatische katholische Einwanderergemeinden und -kulturen in Deutschland, in: Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Hrsg.): Rottenburger Jahrbuch zur Kirchengeschichte 2019, Band 38, Ostfildern (i. E.).
- Uslucan, Hacı Halil* 2015: Freiwilliges Engagement von Zuwanderern, in: APuZ, 65: 14–15, 28–35.
- Weiss, Karin* 2005: Strukturen der Selbsthilfe im ethnischen Netzwerk, in: Weiss, Karin/Dennis, Mike (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster, 137–150.
- Weiss, Karin* 2013: Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung, in: Schultze, Günther/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Reihe WISO-Diskurs der FES, Bonn, 21–31.
- Weiss, Karin/Dennis, Mike* (Hrsg.) 2005: Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster.
- Wilmes, Bernhard* 2018: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Beitrag vom 14.05.2018. (<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247685/politische-partizipation?p=all>, 14.10.2019)
- Winterhagen, Jenni* 2015: Entwicklungspolitisches Engagement migrantischer Organisationen in Deutschland, in: IMIS-Beiträge, Heft 47, 69–98.
- Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian* 2013: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. BAMF Forschungsbericht 20, Nürnberg.
- ZWST – Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.* (Hrsg.) 2019: Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2018, Frankfurt am Main.



Impressum

Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs 2019-3

Herausgeber:

Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de

Verantwortlich:

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung:

KALUZA+SCHMID Studio GmbH

Druck:

KÖNIGSDRUCK Printmedien und digitale Dienste GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2019

ISSN 2363-7358

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Marie Mualem Sultan

Wissenschaftliche Projektleiterin im SVR-Forschungsbereich

Nils Friedrichs

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im SVR-Forschungsbereich

Prof. Dr. Karin Weiss

Wissenschaftliche Beraterin des SVR-Forschungsbereichs und ehemalige Abteilungsleiterin im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz

Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projektbasierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Schwerpunkte der Forschungsvorhaben sind die Themenfelder Bildung und Flucht/Asyl. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören weitere fünf Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Expertengremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de/Forschungsbereich